

KAI CORNELIUS

Verweisungsbedingte
Akzessorietät bei
Straftatbeständen

*Heidelberger
Rechtswissenschaftliche
Abhandlungen
14*

Mohr Siebeck

HEIDELBERGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von
der Juristischen Fakultät
der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Band 14



Kai Cornelius

Verweisungsbedingte Akzessorietät bei Straftatbeständen

Mohr Siebeck

Kai Cornelius, geboren 1971; Studium der Luft- und Raumfahrttechnik in Berlin; Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg; 1999 Zweites juristisches Staatsexamen, LL.M.-Studium; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik an der Universität Hannover; 2005 Promotion in Heidelberg; 2006 Visiting Researcher an der University of Michigan und anschließend Marie-Curie-Host-Fellow an der Universität Wrocław (Breslau); Akademischer Rat an der Universität Heidelberg; 2014 Habilitation; derzeit Vertretungsprofessur für Strafrecht an der Universität Hamburg.

ISBN 978-3-16-153673-1 / eISBN 978-3-16-162534-3 unveränderte eBook-Ausgabe 2023
ISSN 1869-3075 (Heidelberger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Stempel Garamond gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Meiner Familie

Vorwort

Das Strafrecht muss sich der Notwendigkeit stellen, seiner Aufgabe über die einzelstaatlichen Grenzen hinweg zu entsprechen. Dabei hat der Gesetzgeber zunehmende Schwierigkeiten, den sich schnell ändernden Gegebenheiten, insbesondere außerhalb kernstrafrechtlicher Vorschriften und bei der Berührung mit dem Unionsrecht, nachzukommen. Er sucht einen Ausweg in der Einbeziehung der Verwaltung, der Rechtsprechung aber auch nichtstaatlicher Organisationen. Dabei bedient er sich der Verweisungstechnik, hier verstanden als die Benutzung von Blankettvorschriften sowie (verweisender und offener) normativer Tatbestandsmerkmale. Als Beispiel kann der Kampf gegen den internationalen Terror angeführt werden. So beruhen Maßnahmen gegen terrorverdächtige Personen und Organisationen auf einer europäischen Verordnung, die eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen umsetzt. Sie enthält Embargomaßnahmen gegen Personen und Organisationen, die terroristische Handlungen begehen oder an diesen beteiligt sind. Verstöße gegen diese Embargovorschriften sind aber nur nach den nationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts strafbar, die die jeweils aktuelle Verordnung in Bezug nehmen, dabei aber den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen müssen. Die so für den Gesetzgeber durch die Verweisungstechnik erreichbare verstärkte Arbeitsteilung steht jedoch im Spannungsfeld zu verfassungsrechtlichen Vorgaben, insbesondere dem in Art. 103 Abs. 2 GG niedergelegten Gesetzlichkeitsprinzip.

Vor diesem Hintergrund hat die nachfolgende Untersuchung das Anliegen, einen Beitrag zu den bestehenden Möglichkeiten, aber auch den Grenzen des Einsatzes der Verweisungstechnik im Strafrecht zu erbringen. Dabei wird ein durch die Komplexität einer modernen Informationsgesellschaft mit verschiedenen Normsetzungsebenen determiniertes Konzept der Arbeitsteilung zwischen nationalem Gesetzgeber, Unionsgesetzgeber, nationaler Verwaltung und nichtstaatlichen Organisationen einerseits sowie der Rechtsprechung andererseits entwickelt. Es wird ein Vorschlag erarbeitet, die Anforderungen des Parlamentsvorbehalts jeweils in Abhängigkeit von der demokratischen Legitimation des Setzers der in Bezug genommenen Normen anzupassen. Außerdem sollen die aus der informationstechnischen Entwicklung erwachsenden Möglichkeiten in die Bewertung der Anforderungen des Gebotes der Normenklarheit mit einbezogen werden.

Die Untersuchung wurde im Sommersemester 2014 von der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen, später erschienene Literatur und Rechtsprechung konnten noch vereinzelt eingearbeitet

werden. Sie ist die Frucht meiner siebenjährigen Assistenzzeit bei meinem hochverehrten akademischen Lehrer Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Hillenkamp am Institut für deutsches, europäisches und internationales Strafrecht und Strafprozessrecht der Universität Heidelberg. Ihm gilt mein besonderer Dank! Er hat mich – über die Entstehung dieser Arbeit hinaus – stets ermutigend begleitet, gefördert und unterstützt. Herrn Prof. Dr. Gerhard Dannecker möchte ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens herzlich danken, ebenso für seine jederzeitige Gesprächsbereitschaft, die zahlreichen Anregungen und fruchtbaren Diskussionen. Gleichzeitig danke ich ihm neben Herrn Prof. Dr. Thomas Lobinger und Herrn Prof. Dr. Ekkehard Reimer für die Aufnahme dieser Untersuchung in die Schriftenreihe „Heidelberger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen“.

Die Idee zu dieser Thematik wurde bereits zur Zeit meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsinformatik der Universität Hannover unter Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kilian geboren, dem ich für beständig wertvolle Ratschläge danken möchte.

Von Herzen bedanken möchte ich mich bei Prof. Dr. Volker Haas und Prof. Dr. Jens Bülte nicht nur für zuverlässige wissenschaftliche, sondern auch für mentale Unterstützung.

Nicht zuletzt danke ich meinen Eltern Doris und Burkhard Cornelius, die meinen Weg zur Habilitation mit großer Anteilnahme begleitet haben. Mein innigster Dank gilt meiner Ehefrau Hilde, die – um die Höhen und Tiefen des Wissenschaftlerdaseins wissend – stets an meiner Seite stand und deren Liebe mir geholfen hat, sämtliche Untiefen bis zur Fertigstellung der Habilitation zu umschiffen. Dieses Buch widme ich ihr und unseren drei wunderbaren Kindern.

Heidelberg, im Juni 2015

Kai Cornelius

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Prolog	1
A) Problemaufriss	3
I) Vorüberlegungen	3
II) Tatbestandliche Akzessorietät durch Verweisung	10
III) Gang der Untersuchung	41
IV) Begrenzungen des Untersuchungsgegenstandes	42
B) Grundlegung	47
I) Eingrenzung des Rechtsbegriffs	47
II) Verhältnis von Sprache und Recht in Anlehnung an Radbruch	52
III) Normentheoretische Betrachtung	87
IV) Die Auslegung im Rechtsanwendungsprozess	132
V) Behandlung der Verweisungsmerkmale als Tatbestandsmerkmale	153
C) Das Strafrecht in der Rechtsordnung	159
I) Aufgabe des Strafrechts	160
II) Rechtsordnung	194
III) Abgrenzung zwischen Privatrecht und Öffentlichem Recht	202
IV) Rechtsnatur einer separat gesetzten Verhaltensnorm	210
V) Akzessorietät des Strafrechts	220
D) Formelle Akzessorietät durch Verweisung	243
I) Typisierung der Verweisungen	244
II) Bestandsaufnahme der Verweisungen	252
III) Staatlicher Geltungsbefehl für außerstaatliche Regeln	265
IV) Abgrenzung der Verweisungstechniken	267

E) Materielle Akzessorietät durch Verweisung	295
I) Einheit der Rechtsordnung	296
II) Allgemeine Strafrechtsbegrenzungsprinzipien	300
III) Gesetzlichkeitsprinzip des Art. 103 Abs. 2 GG	306
IV) Spezifika bei Verweisungsobjekten der Europäischen Union . .	369
V) Behandlung von Verweisungsfehlern	416
VI) Verweisungen auf Regelungen internationaler Organisationen .	436
VII) Verweisungen auf ausländisches Recht	444
VIII) Rechtsgebietszentrierte vs. strafrechtsorientierte Auslegung . .	455
F) Resümee	465
I) Doppelfunktionalität des Verweisungsbegriffs	465
II) Sprache des Gesetzes als Ausgangspunkt der dogmatischen Betrachtung	466
III) Rechtstheoretische Berücksichtigung der Dynamik des Rechts	469
IV) Behandlung der Verweisungsmerkmale als Tatbestandsmerkmale	470
V) Abgrenzung der Verweisungsmerkmale	471
VI) Asymmetrische materielle Akzessorietät des Strafrechts	473
VII) Anforderungen des Parlamentsvorbehaltes	475
VIII) Anforderungen des Gebotes der Normenklarheit	479
IX) Besonderheiten wegen der Verschränkung mit dem Unionsrecht	481
X) Vorgaben internationaler Organisationen und ausländischen Rechts	485
Epilog	487
Literaturverzeichnis	489
Rechtsprechungsverzeichnis	527
Europäischer Gerichtshof	527
Bundesverfassungsgericht	528
Bundesgerichtshof	531
Bayerisches Oberstes Landesgericht	533
Oberlandesgerichte	534
Amts- und Landgerichte	534
Preußisches Obertribunal und Reichsgericht	534
Sachregister	537

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Prolog	1
A) Problemaufriss	3
I) Vorüberlegungen	3
1) Internationalisierung durch Globalisierungsdruck	3
(a) Globalisierungsprozess	3
(b) Folgen für das Strafrecht	5
2) Zehn Thesen	8
II) Tatbestandliche Akzessorietät durch Verweisung	10
1) Begriff des Tatbestandes	11
(a) Unterscheidungen nach Tatbestandsfunktionen	11
(1) Ordnungs- bzw. Systemtatbestand	11
(2) Irrtumtatbestand	12
(3) Garantietatbestand	12
(b) Enger Tatbestandsbegriff (Tatbestandsmäßigkeit einer Handlung)	13
(c) (Vor-)Bewertungs- und Bestimmungsfunktion	14
(d) Auslesefunktion	16
(e) Zwischenergebnis	17
2) Begriff der Akzessorietät	18
(a) Abhängigkeitsbeziehung	18
(b) Differenzierung zwischen formeller und materieller Akzessorietät	20
(c) Blankette und normative Tatbestandsmerkmale	20
(d) Zwischenergebnis	22
3) Begriff der Verweisung	22
(a) Weiter Verweisungsbegriff	23
(1) Konkretisierte Bezugnahme auf abstrakt- generelle Regelungen	23
(2) Verklammerung auf normativer Ebene	24

(3) Keine „indirekt akzessorische“ Anknüpfung	26
(b) Verweisungsziele	26
(1) Vereinfachung (Vermeidung von Wiederholungen)	26
(2) Erfüllung mitgliedstaatlicher Pflichten	27
(3) Flexibilisierung	27
(c) Verweisungsfunktionen	28
(1) Komplettimport einer Rechtsfolge	28
(2) Anknüpfung an eine außerstrafrechtliche Bedeutung	28
(3) Anknüpfung an außer(straf)rechtliche Verhaltensmaßstäbe	29
(4) Umschließen eines Normtextes	29
(d) Nachteile	29
(e) Einordnung von Begrifflichkeiten	30
(1) Fiktionen	31
(2) Ermächtigung	31
(3) Generalklauseln	32
(4) Legaldefinitionen	33
(5) Begriffliche Akzessorietät	34
(6) Deskriptive und normative Begriffe	35
(7) Blankette	35
i. Historischer Überblick	36
ii. Arbeitsdefinition	38
(f) Zwischenergebnis	38
III) Gang der Untersuchung	41
IV) Begrenzungen des Untersuchungsgegenstandes	42
1) Verweisungen des deutschen Gesetzgebers	42
2) Materielles Strafrecht	42
3) Ausklammerung der Irrtumsproblematik	43
4) Nichtberücksichtigung von Besonderheiten des Ordnungswidrigkeitenrechts	44
5) Keine Einzelfallregelungen	46
B) Grundlegung	47
I) Eingrenzung des Rechtsbegriffs	47
1) Dynamik des Rechts	49
2) Grenzziehung nach dem Erkenntnisgegenstand	49
3) „Ordnungsgemäße Setzung“ als Kriterium für inhaltliche Richtigkeit	51
4) Zwischenergebnis	52
II) Verhältnis von Sprache und Recht in Anlehnung an Radbruch	52

1)	Juristische Begriffsbildung	53
	(a) Sprachtheoretischer Hintergrund	53
	(1) Unterscheidung von Ausdruck und Inhalt	53
	(2) Gebrauchstheorie der Bedeutung	54
	(3) Intension (Begriffsinhalt) und Extension (Begriffsumfang) von Wörtern	55
	(4) Zeitkriterium	57
	(5) Intension und Extension von Sätzen	58
	(b) Rechtsphilosophischer Hintergrund des Südwest- deutschen Neukantianismus	59
	(1) Windelband	61
	(2) Rickert	61
	(3) Lask	63
	(4) Radbruch	63
	(c) Teleologische Begriffsbildung	64
	(d) Ontologische Begriffsbildung	65
	(e) Funktionale Begriffsbildung	68
	(f) Zwischenergebnis	69
2)	Unterschiedliche Anknüpfungspunkte für die Akzessorietät	70
	(a) Rechtlich relevante Begriffe	71
	(b) Echte Rechtsbegriffe	73
	(c) Schlussfolgerung	75
3)	These vom „Begriffskern“ und „Begriffshof“	75
	(a) Unterscheidung zwischen Begriffskern und Begriffshof	76
	(b) Sprachtheoretisch fundierte Kritik	77
	(c) Rechtswissenschaftliche Widerlegung	79
	(d) Anerkennung als Ordnungsprinzip	79
4)	Bedeutungsfestsetzung durch Definition	80
	(a) Begriffsbildung durch Definition	80
	(b) Feststellende und festsetzende Definitionen	81
	(c) Schlussfolgerung	84
5)	Zwischenergebnis	84
III)	Normentheoretische Betrachtung	87
1)	Norm, Rechtsnorm und Rechtssatz	87
	(a) Norm	87
	(b) Rechtsnorm	88
	(1) Typische Merkmale	90
	(i) Rechtsgeltung	90
	(ii) Heteronomität	91
	(iii) Abstrakt-generelle Regelung	92
	(2) Zielorientierte Inhaltsbestimmung	94

	(i) Strukturierende Rechtslehre	94
	(ii) Funktioneller Normbegriff	96
	(iii) Diskussion	97
	(c) Rechtssatz	98
	(1) Verhältnis zur Rechtsnorm	99
	(i) Semantischer Normbegriff	99
	(ii) Rechtsnorm als Bedeutung des Rechtssatzes	100
	(2) Sprachliche Setzungsmöglichkeiten der Rechtsnormen	102
	(i) Vollständige Rechtssätze	102
	(ii) Unvollständige Rechtssätze	103
	(3) Mehrfachfunktionalität von Rechtssätzen	104
	(d) Zwischenergebnis	104
2)	Normkonzept	106
	(a) Trennung von Verhalten und Erfolg	106
	(1) Verhaltensvorgabe	106
	(2) Rechtswirksamkeit eines Zustandes vs. Rechtswidrigkeit eines Verhaltens	107
	(3) Untauglichkeit des Zeit- oder Raummoments als Abgrenzungskriterium	110
	(4) Differenzierung nach dem Urheber und dem Betroffenen	111
	(5) Rechtsgutsbeeinträchtigung	112
	(6) Schlussfolgerung	113
	(b) Bewertungs- und Bestimmungsfunktion	113
	(c) Dualistisches Normkonzept	115
	(1) Verhaltensnormen	116
	(2) Sanktionsnormen	117
	(d) Monistische Normkonzepte	118
	(1) Kulturnormtheorie	118
	(2) Alethisches Strafrechtskonzept	119
	(3) Reine Rechtslehre	119
	(4) Vorgehen des Bundesverfassungsgerichts	120
	(e) Diskussion	123
	(1) Ablehnung des alethischen Strafrechtskonzepts	123
	(2) Keine Notwendigkeit parallellaufender Kulturnormen	123
	(3) Trennung des rechtlich und moralisch Verbotenen	123
	(4) Parallele zwischen Bindings Normen und Kulturnormen	124
	(5) Keine Gleichsetzung von Steuer und Strafe	124
	(6) Praeceptum Legis und Sanctio Legis	125
	(7) Festlegung auf ein Normkonzept?	126

	(8) Zweckmäßigkeit einer Differenzierung in Parallele zum Normtext	127
	(f) Zwischenergebnis	130
IV)	Die Auslegung im Rechtsanwendungsprozess	132
	1) Grammatikalische Auslegung	134
	2) Systematische Auslegung	135
	(a) Verfassungskonforme Auslegung	136
	(b) Unionsrechtskonforme Auslegung	137
	(1) Verhältnis zum Anwendungsvorrang	137
	(2) Verhältnis zur nationalen Methodik	139
	(3) Schlussfolgerung	141
	(c) Komparative Auslegung	141
	(d) Völkerrechtskonforme Auslegung	142
	3) Historische Auslegung	142
	4) Teleologische Auslegung und Folgenkonzept	144
	(a) Frage nach dem Sinn und Zweck	144
	(b) Folgenorientierte Auslegung	145
	5) Grenzlinie zwischen Auslegung und Analogie	148
	6) Zwischenergebnis	152
V)	Behandlung der Verweisungsmerkmale als Tatbestandsmerkmale	153
	1) Anwendung der Auslegungsmethoden zur Inhaltsbestimmung	154
	2) Kein Verschwinden des Blankettmerkmals	154
	3) Zusammensetzung des vollständigen Rechtssatzes durch den Rechtsanwender	155
	4) Zwischenergebnis	157
C)	Das Strafrecht in der Rechtsordnung	159
I)	Aufgabe des Strafrechts	160
	1) Rechtsverletzungslehre	160
	(a) Legitimationsdruck für Strafnormen	160
	(b) Straftheorie bei Kant	161
	(c) Straftheorie bei Feuerbach	164
	(d) Straftheorie im frühen 19. Jahrhundert	166
	2) Historische Rechtsgutslehre	167
	(a) Erweiterung des Staatszwecks	168
	(b) Differenzierung zwischen „Gut“ und „Recht“ bei <i>Birnbaum</i>	169
	(c) Rezeption durch Binding und Franz v. Liszt	172
	(d) „Subjektives Recht auf Botmäßigkeit“ des Staates	175

	(1) Anknüpfung nach der Klagebefugnis im römischen Recht	175
	(2) Anknüpfung nach der Angriffsrichtung	176
	(3) Stellungnahme	179
3)	Aktuelle Diskussion	180
	(a) Personales Rechtsgutsmodell	181
	(b) Funktionales Rechtsgutsmodell	181
	(1) Welzels Ansatz	181
	(2) Rezeption durch die neuere Rechtslehre	182
	(c) Pawliks Ansatz	183
	(d) Subjektive Rechte als Schutzobjekt	184
	(1) Implementierung des Rechtsschutzes „von oben“	184
	(2) Ergänzung durch Normbegründung „von unten“	185
4)	Stellungnahme	189
	(a) Zur historischen Entwicklung	189
	(b) Zur aktuellen Diskussion	191
5)	Zwischenergebnis	193
II)	Rechtsordnung	194
	1) Privatrecht	196
	2) Öffentliches Recht	198
	3) Unionsrecht	199
	4) Wirtschaftsrecht	200
	5) Zwischenergebnis	201
III)	Abgrenzung zwischen Privatrecht und Öffentlichem Recht	202
	1) „Überwindung“ der Zweiteilung des Rechts	202
	2) Trennung zwischen Staat und Gesellschaft	204
	3) Unterscheidung von Staat und Gesellschaft	205
	4) Zwischenergebnis	208
IV)	Rechtsnatur einer separat gesetzten Verhaltensnorm	210
	1) Darstellung der differenzierenden Ansichten	210
	(a) Imperativentheorie	210
	(b) Neumeyer	212
	(c) Nowakowski, Lagodny, Frisch und Freund	212
	(d) Schwabe	213
	(e) Alleweldt	214
	(f) Binding	214
	2) Diskussion	215
	(a) Abgrenzungstheorien	215
	(b) Absorption durch Rechtscharakter der Sekundärnorm	218
	3) Zwischenergebnis	219
V)	Akzessorietät des Strafrechts	220

1)	Vorkonstitutionelle Diskussion	220
(a)	Bruns	220
(b)	Faktische Betrachtungsweise	223
(c)	Preußisches Obertribunal und Reichsgericht	224
(d)	Lobe	227
(e)	Heinze	228
(f)	Binding	229
(g)	Bierling	230
(h)	Beling	230
(i)	Franz v. Liszt	230
(j)	Wach	231
(k)	Carl Ludwig v. Bar	231
(l)	Robert von Hippel	232
(m)	Zwischenergebnis	232
2)	Nachkonstitutionelle Diskussion	233
(a)	Eigenständigkeit strafrechtlicher Begriffsbildung	233
(b)	Differenzierung nach der Schutzfunktion des Strafrechts	235
(c)	Strafrecht als Primär- und Sekundärordnung	236
(1)	Differenzierung nach dem „Unterbau“ der Rechtsordnung	237
(2)	Dualistischer normentheoretischer Ansatz	238
3)	Sekundarität und Akzessorietät des Strafrechts	238
4)	Zwischenergebnis	239
D) Formelle Akzessorietät durch Verweisung		243
I)	Typisierung der Verweisungen	244
1)	Sprachliche Evidenz	244
(a)	Ausdrückliche Verweisungen	244
(1)	Vollexplizite Verweisungen	244
(2)	Halbexplizite Verweisungen	245
(b)	Stillschweigende Verweisungen	246
2)	Normergänzung oder Normkonkretisierung	246
3)	Statische oder dynamische Verweisungen	247
4)	Herkunft des Verweisungsobjekts	249
(a)	Binnenverweisung	249
(b)	Außenverweisung	250
5)	Regelungsinhalt des Verweisungsobjekts	250
6)	Zwischenergebnis	252
II)	Bestandsaufnahme der Verweisungen	252
1)	Nationale Rechtsvorschriften	253

2)	Verweisungen auf Regelwerke nichtstaatlicher Organisationen	253
	(a) Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)	253
	(b) Technische Regeln	255
3)	Verschränkungen mit Regelungen der Europäischen Union	256
	(a) Abgabenstrafrecht (Milchmengengarantieabgabe)	256
	(b) Außenwirtschaftsstrafrecht	257
	(1) Nationales Recht	257
	(2) Unionsrechtsakzessorietät	258
4)	Anknüpfung an internationale Vorgaben	259
	(a) Bedeutung internationaler Organisationen	259
	(1) Beispiel der Korruptionsbekämpfung	260
	(2) Beispiel des Außenwirtschaftsstrafrechts	261
	(b) Regelwerke internationaler nichtstaatlicher Organisationen	262
	(1) International Financial Reporting Standards (IFRS)	262
	(2) WADA-Verbotsliste	263
	(c) Zwischenergebnis	264
III)	Staatlicher Geltungsbefehl für außerstaatliche Regeln	265
	(a) Zuerkennung der Rechtsgeltung	266
	(b) Abgrenzung zu Verweisungen	266
	(c) Zwischenergebnis	266
IV)	Abgrenzung der Verweisungstechniken	267
1)	Abgrenzung zwischen deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen	268
	(a) Ausgangspunkt	268
	(b) Tatsachen und rechtliche Bewertungen (Safferling und B. Heinrich)	269
	(c) Emotive Komponente als Differenzierungskriterium	270
	(d) Differenzierung nach der herrschenden Meinung	271
	(e) Diskussion	273
	(f) Zwischenergebnis	275
2)	Abgrenzung zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blanketten	276
	(a) Meinungsstand	276
	(1) Blankettstrafgesetz vs. Blankettmerkmal	276
	(2) Enger Blankettbegriff	277
	(3) Weiter Blankettbegriff	277
	(4) „Vollständige“ vs. „Unvollständige“ Tatbestände	278
	(5) Standort der strafbewehrten Norm im Vorfeld	279
	(6) Verweisung auf generelle Sollenssätze	280

(7) Schutzobjekt des Tatbestandes	280
(b) Eigener Standpunkt	281
(1) Weiter Blankettbegriff	281
(2) Funktion des Blankettmerkmals	282
(i) Inkorporationstheorie	282
(ii) Kritik	283
1. Behandlung des Blankettmerkmals als Tatbestandsmerkmal	284
a. Strömung in der Irrtumslehre	284
b. Verweisungen auf Unionsrecht	286
2. Keine Normverdoppelung	286
(iii) Normtextumschließung als Modifikation der Inkorporationstheorie	287
(3) Verweisende normative Merkmale vs. Blankettmerkmal	288
(4) Offen normative Merkmale vs. Blankettmerkmal .	290
3) Zwischenergebnis	291
E) Materielle Akzessorietät durch Verweisung	295
I) Einheit der Rechtsordnung	296
II) Allgemeine Strafrechtsbegrenzungsprinzipien	300
1) Ultima-Ratio-Prinzip	300
2) Subsidiarität des Strafrechts	302
3) Verhältnismäßigkeitsprinzip	303
4) Zwischenergebnis	305
III) Gesetzlichkeitsprinzip des Art. 103 Abs.2 GG	306
1) Parlamentsvorbehalt als legitimierende Funktion	308
(a) Inhalt des Demokratieprinzips	308
(1) Bund	309
(2) Länder	309
(3) Kommunen	310
(4) Funktionale Selbstverwaltung	310
(b) Bedeutung des Art. 103 Abs.2 GG	311
(c) Bedeutung des Art. 104 Abs.1 GG	312
(d) Gesamtanforderungsprofil	314
(e) Gesetzesbegriff	315
(f) Bestimmung der relevanten Anknüpfungspunkte	317
(g) Statische Außenverweisung	318
(h) Dynamische Außenverweisung	320
(1) Alternative Interpretationsmodelle	320

(i)	„Demokratiemaximierendes“ Interpretationsmodell	321
(ii)	„Rechtsrealistisches“ Interpretationsmodell	322
(iii)	Stellungnahme	322
(2)	Verweisungen auf Landesrecht	325
(3)	Verweisungen auf Rechtsverordnungen	325
(i)	Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG	326
(ii)	Spezifizierung	327
1.	Rechtsprechung	328
2.	Literatur	328
(iii)	Stellungnahme	329
(4)	Verweisungen auf Satzungen	331
(i)	Kommunen	331
(ii)	Funktionelle Selbstverwaltung	334
(5)	Verweisungen auf Verwaltungsvorschriften	335
(i)	Keine Umschließung des Normtextes	335
(ii)	Strukturierter Bereich	335
(iii)	Offen normatives Merkmal	336
(6)	Verweisungen auf Regelwerke nichtstaatlicher Organisationen	336
(i)	Keine Umschließung des Normtextes	336
(ii)	Strukturierter Bereich	337
(iii)	Offen normatives Merkmal	337
(iv)	Kontrollüberlegung: Fahrlässigkeitsmaßstab	338
(v)	Fazit	340
(i)	Zwischenergebnis	340
2)	Gebot der Normenklarheit als freiheitsgewährleistende Funktion	343
(a)	Generalprävention	344
(b)	Schuldprinzip	347
(c)	Gewährleistungsgehalt	349
(1)	Keine „Präzision um jeden Preis“	349
(2)	Auslegbarkeit	350
(3)	Sicht des Bürgers	351
(4)	Arbeitsteiliges Zusammenwirken mit der Rechtsprechung	351
(i)	Gefestigte Rechtsprechung	351
(ii)	Präziserungsgebot	352
(5)	Berücksichtigung der informationstechnischen Entwicklung	354
(i)	Nationale Ebene	354
(ii)	Europäische Ebene	358

(6) Expertenstrafrecht	359
(i) Ausschließlich Experten als Normadressaten	359
(ii) Fachtermini	360
(iii) Gesetzgebungstechnik	360
(d) Bestimmtheit des Verklammerungsmerkmals	362
(1) Erkennbarkeit des Verweisungsobjekts	362
(2) Publizitätsgebot	364
(3) Stillschweigende Verweisungen	365
(4) Ausdrückliche Verweisungen	365
(5) Schlussfolgerung	365
(e) Bestimmtheit des Verweisungsobjekts	366
(1) Umschließung des Normtextes (durch Blankettmerkmal)	366
(2) Kompletimport (durch verweisend normatives Verklammerungsmerkmal)	367
(3) Wertungsimport (durch offen normatives Tatbestandsmerkmal)	367
(f) Zwischenergebnis	368
IV) Spezifika bei Verweisungsobjekten der Europäischen Union	369
1) Demokratiegehalt europäischer Vorschriften	369
2) Strafanweisungskompetenz zur Rechtsangleichung	370
3) Rechtssetzungskompetenz im kriminalstrafrechtlichen Bereich	373
4) Rechtssetzungskompetenz für nicht kriminal- strafrechtliche Sanktionen	374
5) Zulässigkeit der Inbezugnahme europäischer Gebote/Verbote	375
6) Verpflichtung zur Strafbewehrung europäischer Gebote/Verbote	376
7) Verbot der wiederholten Normierung	376
8) Gesetzlichkeitsprinzip als Kernbestand der europäischen Strafrechtstradition	377
9) Unionsrecht als Obergrenze	379
(a) Besonderheiten bei Blanketten	379
(b) Auswirkungen der Radu, Melloni, Fransson und Schenker-Urteile	380
(1) Ausweitung nationalen Strafrechts keine Durchführung von Unionsrecht	381
(2) Meistbegünstigungsklausel	384
(c) Ausblick	387
(d) Schlussfolgerungen	388
(e) Verbindlichkeit aller Amtssprachen	389

(f)	Konsequenzen einer Nichtanwendbarkeit	392
10)	Dynamische Verweisungen	393
(a)	Keine Umschließung von Richtlinien	394
(b)	Möglichkeit der Normtextumschließung bei Verordnungen	397
(1)	Parlamentsvorbehalt	397
(2)	Gebot der Normenklarheit	400
(c)	Zwischenergebnis	402
11)	Rückverweisungs- und Entsprechungsklauseln	403
(a)	Keine Aufnahme einer Verweisungsklausel durch den Verordnungsgeber	404
(b)	Inhaltliche Spezifizierung der Sanktionsnorm bei der Verwendung von Rückverweisungsklauseln	405
(1)	Beispiel der §§ 95 f. AMG	405
(2)	Beispiel des § 19 AWG	406
(3)	Beispiel des § 49 Abs. 6 WeinG	408
(c)	Entsprechungsklauseln	409
12)	Verweisungsketten	412
13)	Zwischenergebnis	415
V)	Behandlung von Verweisungsfehlern	416
1)	Beispiele	416
(a)	Nationale Verweisungsobjekte	417
(1)	Arbeits- und Sozialrecht	417
(2)	Bilanzrecht	417
(3)	Datenschutzrecht	418
(b)	Unionsrechtliche Verweisungsobjekte	418
(1)	Artenschutzrecht	418
(2)	Weinrecht	419
(3)	Fahrpersonalrecht	419
(4)	Außenwirtschaftsrecht	420
2)	Neukodifizierungsvarianten beim Verweisungsobjekt	420
(a)	Ausschließlich inhaltliche Dynamik	421
(b)	Ausschließlich redaktionelle Dynamik	421
(c)	Inhaltliche und redaktionelle Dynamik	421
3)	Prüfungsschema	421
(a)	Verweisung auf das außer Kraft getretene Verweisungsobjekt	422
(b)	Erkennbarkeit des neuen Verweisungsobjekts	423
(c)	Wortlautgrenze	426
4)	Aufbrechen einer Ahndungslücke	427
5)	Lösungsversuche	427

(a)	Verweisungsumleitung	427
(b)	Interklusionsnormen	428
(c)	Verzicht auf Blankettstrafgesetze	431
(d)	Ermächtigung an den Rechtsverordnungsgeber	431
(e)	Eigener Lösungsvorschlag	432
6)	Zwischenergebnis	432
(a)	Änderung der Rechtslage	432
(b)	Erforderlichkeit der zeitgleichen Synchronisierung von Verweisungsnorm und Verweisungsobjekt	432
(c)	Grundsätzliche Geltung des Meistbegünstigungs- prinzips	433
(d)	Behandlung des Verklammerungsmerkmals als Tatbestandsmerkmal	434
(e)	Anwendung auf die Beispiele	434
VI)	Verweisungen auf Regelungen internationaler Organisationen .	436
1)	Außenwirtschaftsstrafrecht	436
(a)	Rechtscharakter der Sicherheitsrats-Resolutionen	436
(b)	Resolutionsvorbehalt	440
2)	Korruptionsbekämpfung	441
3)	Zwischenergebnis	444
VII)	Verweisungen auf ausländisches Recht	444
1)	Berücksichtigung im Strafanwendungsrecht	445
2)	Keine Berücksichtigung bei Wortlautüberschreitungen	445
3)	Keine Umschließung des Normtextes (Blankett)	446
(a)	Demokratieprinzip	446
(b)	Differenzierung zwischen Blankettmerkmal und normativem Merkmal	447
4)	Harmonisierter Bereich	449
5)	Abgrenzung zu Kollisionsnormen	450
6)	Kollisionsregel aus Unionsrecht	450
7)	Anknüpfung an Regelungseffekte	451
(a)	Einbeziehung des Kollisionsrechts	452
(1)	Zivilrechtliche Vorfragen	452
(2)	Verwaltungsrecht	453
(b)	Schranke des <i>ordre public</i>	453
8)	Verwendung von Entsprechungsklauseln	454
VIII)	Rechtsgebietszentrierte vs. strafrechtsorientierte Auslegung	455
1)	Die Normambivalenz (bzw. Normspaltung)	455
(a)	Strafrechtszentrierte Auslegung	456
(b)	Rechtsprechung	456

(c) Rechtsgebietsorientierte Auslegung	458
(d) Stellungnahme	459
2) Faktische Betrachtungsweise	460
3) Zwischenergebnis	463
F) Resümee	465
I) Doppelfunktionalität des Verweisungsbegriffs	465
II) Sprache des Gesetzes als Ausgangspunkt der dogmatischen Betrachtung	466
1) Implikationen für juristische Begriffe	466
2) Trennung Normtext – Norm	468
3) Implikationen für das Normkonzept	468
III) Rechtstheoretische Berücksichtigung der Dynamik des Rechts	469
IV) Behandlung der Verweisungsmerkmale als Tatbestands- merkmale	470
V) Abgrenzung der Verweisungsmerkmale	471
VI) Asymmetrische materielle Akzessorietät des Strafrechts	473
VII) Anforderungen des Parlamentsvorbehaltes	475
1) Grundlagen	476
2) Besonderheiten bei Blanketten	477
3) Verwaltungsvorschriften und Regelwerke privater Gremien	478
VIII) Anforderungen des Gebotes der Normenklarheit	479
IX) Besonderheiten wegen der Verschränkung mit dem Unionsrecht	481
1) Unionsrechtskonforme Auslegung und Anwendungs- vorrang	481
2) Modifikation des Parlamentsvorbehaltes	483
3) Behandlung von Verweisungsfehlern	484
X) Vorgaben internationaler Organisationen und ausländischen Rechts	485
1) Internationale Organisationen	485
2) Ausländisches Recht	485
Epilog	487
Literaturverzeichnis	489
Rechtsprechungsverzeichnis	527

Europäischer Gerichtshof	527
Bundesverfassungsgericht	528
Bundesgerichtshof	531
Bayerisches Oberstes Landesgericht	533
Oberlandesgerichte	534
Amts- und Landgerichte	534
Preußisches Obertribunal und Reichsgericht	534
Sachregister	537

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht (Zeitschrift)
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AG	Amtsgericht
AJS	American Journal of Sociology
AK-StGB	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch (Hrsg. <i>Wassermann</i>)
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
AmLRv	American Law Review
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung(en)
AnwK-StGB	AnwaltKommentar StGB (Hrsg. <i>Leipold et al.</i>)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ArbSchG	Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar (Hrsg.: BGB: <i>Bamberger/Roth</i> ; GG: <i>Epping/Hillgruber</i> ; StGB: <i>Heintschel-Heinegg</i>)
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)
BNSDJ	Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CURIA-Dok.	Dokumente zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zugänglich unter http://curia.europa.eu
d. h.	das heißt
d. Verf.	der Verfasser
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutsche Corporate Governance Kodex
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DJ	Deutsche Justiz: Rechtspflege und Rechtspolitik; amtl. Blatt der deutschen Rechtspflege
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EbKrG	Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
Entsch.	Entscheidung
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuBestG	Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)

EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	und folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FPersG	Fahrpersonalgesetz
FPersV	Fahrpersonalverordnung
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
G/J/W	Graf/Jäger/Wittig/, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GemO BW	Gemeindeordnung für das Land Baden-Württemberg
GemO Hessen	Gemeindeordnung für das Land Hessen
GemO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GemO RP	Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Der Gerichtssaal - Zeitschrift für Zivil- und Militärstrafrecht und Strafprozeßrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h. M.	herrschende Meinung
Harv. Hum. Rts. J.	Harvard Human Rights Journal
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (Onlinezeitschrift)
Hs.	Halbsatz
HWiStR	Handwörterbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts
HWSt	Achenbach/Ransiek, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
IPR	Internationales Privatrecht
IntBestG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr
ISO	International Organization for Standardization
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)

JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht Berlin
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz (Hrsg.: <i>Senge</i>)
KO	Konkursordnung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LabfG	Landesabfallgesetz (Baden-Württemberg)
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LK-StGB	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch (Hrsg.: <i>Laufhütte</i> et al.)
LWaldG	Landeswaldgesetz (Baden-Württemberg)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht; Zeitschrift für die Zivilrechts-Praxis
MilchAbgV	Verordnung zur Durchführung der EG-Milchabgabenregelung
MilchQuotV	Verordnung zur Durchführung der EU-Milchquotenregelung
MK	Münchener Kommentar (Hrsg.: BGB: <i>Säcker</i> ; StGB: <i>Joecks/Miebach</i>)
MMR	Multimedia und Recht; Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen
NACR	Neues Archiv für Criminalrecht (Zeitschrift)
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NK-StGB	NomosKommentar Strafgesetzbuch (Hrsg.: <i>Kindhäuser</i> et al.)
Nr(n).	Nummer(n)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
ÖzöR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PharmR	Pharma-Recht (Fachzeitschrift für das gesamte Arzneimittelrecht)
Preuß. A.L.R.	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
RabattG	Gesetz über Preisnachlässe
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	RdA; Zeitschrift für die Wissenschaft und Praxis des gesamten Arbeitsrechts
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen

RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
S.	Satz/Seite
s.	siehe
S/S/W	<i>Satzger/Schmitt/Widmaier</i> , Strafgesetzbuch - Kommentar
SGB III	Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung
SGB VII	Sozialgesetzbuch – Siebtes Buch (VII) – Gesetzliche Unfallversicherung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts der Europäischen Union
sog.	so genannt(e)
StGB	Strafgesetzbuch
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht
StraFo	Strafverteidiger-Forum (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
UStG	Umsatzsteuergesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von/vom
Var.	Variante
VersG	Versammlungsgesetz
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WADA	Welt-Anti-Doping-Agentur
WeinG	Weingesetz
WiR	Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel
z. B.	zum Beispiel
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStrR	Zeitschrift für schweizerisches Strafrecht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

Prolog

„Die Praxis ist der Proberstein jeder Theorie“; kein Praktiker wendet eine Theorie an, die gerade „in der Not ihre Hilfe versagt“.¹ Gleiches gilt für das Recht: Der „Proberstein alles dessen, was über ein Volk als Gesetz beschlossen werden kann“ liegt nach *Kant* als „Maßstab der Vernunft“ in der Frage, „ob ein Volk sich selbst wohl ein solches Gesetz auferlegen könnte“.² *Ihering* geht davon aus, dass das, was „nicht in Wirklichkeit übergeht, was bloß in den Gesetzen, auf dem Papiere steht, ist ein bloßes Scheinrecht“, wogegen das, „was sich verwirklicht als Recht, ist Recht, auch wenn es in den Gesetzen nicht zu finden und Volk und Wissenschaft sich dessen nicht bewusst geworden sind“.³ Das *Bundesverfassungsgericht* musste fast schon resignierend erkennen, dass verfassungsrechtliche Vorgaben unter Hinweis auf die Praxisuntauglichkeit übergangen werden, so dass es sich zu der Feststellung genötigt sah, „dass im Rechtsstaat des Grundgesetzes das Recht die Praxis bestimmt und nicht die Praxis das Recht“.⁴

Der Antagonismus zwischen Theorie und Praxis ist nicht endgültig lösbar. Das zeigt der immerwährende Konflikt zwischen dem gesetzten Recht und dem gelebten Recht. Diese Erkenntnis ist eine Grundeinsicht für die Herangehensweise an diese Arbeit. So wie ein Proberstein einen Nachweis für den Metallgehalt und damit den Wert eines Gesteins erbrachte, kann die Praxistauglichkeit Ausdruck für die Güte einer Theorie sein: Der Proberstein der Theorie ist die Praxis. Deren Anforderungen sind der Motor für die Dynamik der Rechtsetzung und damit auch des Strafrechts. Die Bedürfnisse und Anforderungen der Praxis sind dafür zu erkennen und dürfen nicht ignoriert werden. Nur so kann sie beeinflusst und gesteuert werden.

In dem damit einhergehenden Verständnis von der Dynamik – der Entwicklung des Rechts und der Gesellschaft als Prozess – liegt die zweite Grundeinsicht, welches mit dem eingangs zitierten Gedicht *Dauer im Wechsel* von *Johann Wolfgang v. Goethe* bereits angedeutet wurde. Dieses lehnt sich an die Flusslehre *Heraklits* an, die *Platon* den *Sokrates* in seinem Dialog mit *Hermogenes* so formulieren lässt: „Herakleitos sagt doch, alles bewege sich und nichts habe Bestand, und indem er

¹ *E.F. Klein*, Archiv des Criminalrechts 1802, Drittes Stück, S. 1, 1; sämtliche Zitate sind behutsam an die heutige Rechtschreibung angepasst. Wenn Hervorhebungen erfolgen, sind diese bereits im ursprünglichen Zitat enthalten, soweit kein anderslautender Hinweis angebracht ist.

² *Kant*, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, 488f.

³ *Jhering*, Geist des römischen Rechts, Bd. 2/2, Kap. 38, S. 322.

⁴ *BVerfG*, U. v. 19.03.2013, 2 BvR 2628/10, Rn. 119.

die Dinge mit dem Strom eines Flusses vergleicht, sagt er: Zweimal kannst du in denselben Fluss nicht hinabsteigen.⁵ Dieses Fließen vollzieht sich nicht im Chaos, sondern folgt einem einheitlichen Gesetz, der Einheit in Vielfalt.⁶

Innerhalb dieser Grundeinsichten, der dynamischen Entwicklung des Rechts und dem dadurch aufbrechenden immerwährenden Konflikt zwischen gesetztem und gelebtem Recht, beschäftigt sich die nachfolgende Untersuchung mit den gegenwärtigen Anforderungen an das nationale Strafrecht, die durch den Eintritt in die Informationsgesellschaft, der damit einhergehenden verstärkten Globalisierung und der europäischen Integration determiniert werden. Das Strafrecht sieht sich der Notwendigkeit gegenüber, seiner Aufgabe über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg entsprechen zu können. Außerdem führt die zunehmende Komplexität der Gesellschaft zu dem verstärkten Erfordernis einer Arbeitsteilung. Der Gesetzgeber kann den sich schnell ändernden Gegebenheiten insbesondere im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts und bei der Berührung mit dem Unionsrecht häufig nicht mehr nachkommen und sucht einen Ausweg einerseits in der Einbeziehung der Verwaltung und andererseits auch der Richter. Dabei bedient er sich der Verweisungstechnik, hier verstanden als die Benutzung von Blankettvorschriften sowie (verweisender und offener) normativer Tatbestandsmerkmale. Diese verstärkte Arbeitsteilung steht im Spannungsfeld zu verfassungsrechtlichen Vorgaben, insbesondere dem in Art. 103 Abs. 2 GG niedergelegten Gesetzlichkeitsprinzip.

Die nachfolgende Untersuchung hat das Anliegen, einen Beitrag zu den in diesem Rahmen bestehenden Möglichkeiten des Einsatzes der Verweisungstechnik zu erbringen. Diese werden vor allem – aber nicht ausschließlich – im Wirtschaftsstrafrecht angewendet. Damit unmittelbar verbunden ist die Frage der Reichweite einer akzessorischen Anbindung von Straftatbeständen bei einer vom Gesetzgeber spezifizierten Anknüpfung an außerstrafrechtliche Vorgaben. Ein weiterer Schwerpunkt ergibt sich – auch wieder zwangsläufig – aus der Notwendigkeit und der durch die Verweisungstechnik eröffneten Möglichkeit der Integration außer-nationaler (insbesondere europäischer) Vorgaben in das nationale Recht.

⁵ Platon, Sämtliche Werke, Kratylos, S. 567.

⁶ Störig, Kleine Weltgeschichte der Philosophie, S. 136; letztlich findet sich dieser Gedanke im Europamotto *In Vielfalt geeint* wieder, welches als Symbol der *Europäischen Union* Aufnahme in die Präambel und in Art. 1-8 des (später gescheiterten) Vertrages über eine Verfassung für Europa fand, ABl. C 310 v. 16.12.2004, S. 1 ff.

A) Problemaufriss

Beginnen wir mit den Vorüberlegungen, welche die im Prolog angesprochenen Grundeinsichten der Praxistauglichkeit jeder Theorie und der dynamischen Entwicklung des Rechts berücksichtigen.

I) Vorüberlegungen

Dazu erfolgt zunächst die Skizzierung eines beachtlichen Antriebsmoments für die Dynamik des Rechts, nämlich der Internationalisierung durch einen Globalisierungsdruck. Dann werden zehn Thesen vorgestellt, deren argumentative Stützung das Grundanliegen dieser Untersuchung ist.

1) *Internationalisierung durch Globalisierungsdruck*

(a) *Globalisierungsprozess*

Bereits Anfang der 70er Jahre hatte *Luhmann* aufgrund der Möglichkeit weltweiter Verflechtungen infolge des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologien eine reale Einheit des Welthorizontes angesprochen.¹ Der Prozess der Globalisierung ist vor allem seit den 90er Jahren durch eine Zunahme der weltweiten Kommunikation, Interaktion und Organisation gekennzeichnet.² Deshalb werden als Ursache für die Globalisierung die technischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen durch den Ausbau weltumspannender Datennetze und Wirtschaftsmärkte mit der einhergehenden Schwächung der Funktion von Staatsgrenzen in ihrer Eigenschaft als Hindernis für grenzüberschreitende Transaktionen ausgemacht.³ Ein extremes Beispiel hierfür ist die „virtuelle Gesellschaft“ der internationalen Finanzmärkte, die weder Anfang noch Ende, weder Tag noch Nacht kennt.⁴ Die Händler agieren in Echtzeit an den drei wichtigen Standorten London, New York und Tokio. Wenn Konten am Abend nicht ge-

¹ *Luhmann*, ARSP 57 (1971), 1, 8 f.

² *Sieber*, ZStW (119) 2007, 1, 4 m. w. N.

³ *Sieber*, ZStW (119) 2007, 1, 5 f.

⁴ *Knorr Cetina/Bruegger*, AJS 107 (2002), 905 ff.

geschlossen werden können, werden sie entsprechend „dem Lauf der Sonne folgend von Zeitzone zu Zeitzone“ weitergereicht.⁵ Diese zunehmende Vernetzung spielt sich auch außerhalb der Finanzmärkte ab, wie die Beispiele der virtuellen Welten oder auch der sozialen Netzwerke zeigen. Daraus lässt sich schließen, dass ein wichtiges Merkmal für die Globalisierung die „Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, dass Ereignisse an einem Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt“⁶ ist. Der Raum wird bedeutungslos.⁷

Trotz einer fast schon unüberschaubaren Literatur zur Globalisierung auch in Bezug auf die Auswirkungen für das Recht⁸, ist eine exakte Definition nicht in Sicht. Dies ist im Sinne der Charakterisierung einer dynamischen Entwicklung nicht abschließend möglich. Jedenfalls kann dazu – unter Berücksichtigung der Marginalisierung des Raumes – alles gezählt werden, „was von einem Nationalstaat nicht mehr kontrollierbar ist, weil es infolge der technischen Bedingungen oder der unabwendbaren Handlungsfreiheit der Akteure entweder ohne einen bestimmten Standort stattfindet oder aber den ursprünglichen Standort beliebig wechseln kann.“⁹ Im Kern handelt es sich bei der Globalisierung um die Befreiung der Ökonomie von den traditionellen nationalstaatlichen, kulturellen und auch rechtlichen Schranken.¹⁰ Die „Denationalisierung“ der Einzelstaaten als Entgrenzung wird als ein Hauptkennzeichen der Globalisierung betrachtet.¹¹ Paradoxiertweise bewirkt diese „Denationalisierung“ keine Verneinung lokaler Nationalismen, sondern im Gegenteil die Verstärkung nationalistischer Empfindungen.¹² In diesem Zusammenhang spricht *Beck* von der Weltgesellschaft, mit einem durch „Vielheit und Nichtintegriertheit“ gekennzeichneten Welthorizont, die aber ohne „Weltstaat und Weltregierung“ existiert.¹³

⁵ *Schulte*, *Rechtstheorie* 39 (2008), 143, 162.

⁶ *Giddens*, *Konsequenzen der Moderne*, S. 85.

⁷ *Schulte*, *Rechtstheorie* 39 (2008), 143, 162.

⁸ Vgl. nur *Addis*, *Thin State in Thick Globalism*; *Aden*, *Auswahl der normsetzenden Institutionen im Prozess der Globalisierung des Rechts*; *Beck*, *Globalisierung*; *Dose*, *Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung*; *Eichler*, *Rechtstheorie* 39 (2008), 167; *Emmerich-Fritsche*, *Vom Völkerrecht zum Weltrecht*; *Fischer-Lescano*, *ZaöRV* 2003 (63), 717; *Horiuchi*, *FS Hassemer*, S. 1153; *Horn*, *ARSP* 84 (2002), 179; *Kaiser*, *FS Jung*, S. 379; *Lieckweg*, *Recht der Weltgesellschaft*; *Mayntz*, *Internationale Organisationen*; *Müller-Franken*, *AöR* 134 (2009), 542; *Murakami*, *Globalisierung und Recht*; *Nahamowitz*, *Globalisierung und Globalisierung des Rechts*; *Schröder*, *Rechtstheorie* 39 (2008), 231; *Schulte*, *Rechtstheorie* 39 (2008), 143; *Schünemann*, *Globalisierung*; *Schwarze*, *Globalisierung*; *Voigt*, *Globalisierung des Rechts*; *Ziegert*, *Globale Bukovina*.

⁹ *Schünemann*, *GA* 2003 (150), 299, 300.

¹⁰ *Schünemann*, *GA* 2003 (150), 299, 305; *Pieth*, *ZStW* 1997 (109), 756.

¹¹ *Schünemann*, *GA* 2003 (150), 299, 300.

¹² *Giddens*, *Konsequenzen der Moderne*, S. 86.

¹³ *Beck*, *Globalisierung*, S. 31 f.

Dabei können mit *Hilgendorf* fünf Hauptdimensionen unterschieden werden: die ökonomische, technische, kulturelle, ökologische und politische Globalisierung.¹⁴ Ausgangspunkt ist die mit ökonomischer Globalisierung umschriebene zunehmende weltweite Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten.¹⁵ Allerdings wäre diese ökonomische Globalisierung nicht vorstellbar ohne die erheblichen Fortschritte in der Kommunikationstechnologie, die zu einem Verschwinden räumlicher Grenzen führen. Ebenso ist es das Kennzeichen dieser technischen Globalisierung, Güter – abhängig von der jeweiligen Warenart – (insbesondere auf den globalen Finanzmärkten) in ungeahnter Geschwindigkeit austauschen zu können.¹⁶ Diese Entgrenzung führt schließlich zur kulturellen Globalisierung, da sich kulturelle Traditionen und Werte der verschiedenen Gesellschaften beeinflussen und überlagern, wobei ein besonders starker Einfluss der USA festzustellen ist.¹⁷ Gleichzeitig nimmt das Bewusstsein für die weltweite Verknappung natürlicher Ressourcen zu – je nach Ausmaß werden Umweltkatastrophen nicht mehr nur regional, sondern weltweit wahrgenommen.¹⁸ Letztendlich führen die grenzüberschreitenden Waren- und Informationsströme zu einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, der im Hinblick auf demokratisch kontrollierte Regierungen mit einem Verlust an demokratischer Kontrolle einhergeht.¹⁹ Die wirtschaftliche, technische und ökologische Dimension der Globalisierung zwingt schließlich die Staatengemeinschaft in eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit der Ausbildung übernationaler (transnationaler) Kontrollmechanismen (politische Globalisierung).²⁰

(b) Folgen für das Strafrecht

Dieser Globalisierungsprozess geht mit einer „Transnationalisierung der Verbrechenbegehung“²¹ einher und führt zu einer besonderen Dynamik und Komplexität.²² Dies betrifft bestimmte Erscheinungsformen der schweren und organisierten Kriminalität, die sich auf rein nationaler Ebene nicht mehr bekämpfen lassen, wie Menschen-, Drogen- und Waffenhandel,²³ Korruption²⁴ und Angriffe auf Infor-

¹⁴ *Hilgendorf*, Nationales oder transnationales Strafrecht, S. 338.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ *Hilgendorf*, Nationales oder transnationales Strafrecht, S. 338f.; hierfür spricht schon die Tatsache, dass die wichtigsten Firmen der Informationsgesellschaft (wie Amazon, Apple, ebay, facebook, Google, Microsoft, Twitter) amerikanischer Herkunft sind.

¹⁸ *Hilgendorf*, Nationales oder transnationales Strafrecht, S. 339; der Unfall im Atomkraftwerk Fukushima (Japan), welcher zur politischen „Energiewende“ in Deutschland führte, ist ein Beispiel aus der jüngeren Zeit.

¹⁹ *Hilgendorf*, Nationales oder transnationales Strafrecht, S. 339.

²⁰ Ebenda.

²¹ *Ziegenbahn*, Menschenrechte, S. 36.

²² Vgl. *Hilgendorf*, Nationales oder transnationales Strafrecht, S. 338ff.

²³ *Schünemann*, GA 2003 (150), 299, 307f.

²⁴ Zu den Korruptionsdelikten vgl. *Androulakis*, Globalisierung der Korruptionsbekämpfung; *Dannecker*, Bekämpfung der Korruption in Deutschland, S. 159ff.; *Möbrenschlager*, in:

mationssysteme²⁵. Ebenso können Geldwäsche, Umweltkriminalität und illegaler Technologietransfer dazu gezählt werden.²⁶

Diese Änderungen in der Gesellschaft bleiben nicht ohne Folgen für das Recht. Sobald es nicht mehr möglich ist, global agierende Subjekte durch das Recht zu bändigen, besteht die Gefahr des Rückfalls in die Anarchie und damit des Verlustes der Kulturleistungen der vergangenen 2.500 Jahre.²⁷ Der begrenzte Anwendungsbereich nationalen Rechts mit seinen unterschiedlichen materiell-rechtlichen Konzepten, divergierenden Verfahrensrechten, konkurrierenden und wechselnden Zuständigkeiten lässt die praktischen Schwierigkeiten ins schier Unermessliche steigen.²⁸ Zur Vermeidung dieses Zustandes scheint eine Entnationalisierung des Rechts als Ausweitung der nationalen Rechtssysteme unausweichlich.²⁹ Dadurch entsteht ein Druck auf den Nationalstaat, sein Rechtssystem diesen neuen Gegebenheiten anzupassen. Deshalb muss das Strafrecht zur angemessenen Reaktion auf die Internationalisierung der Kriminalität – und des Wirtschaftsverkehrs – internationale Vorgaben aufnehmen, sich nach außen öffnen und eine rechtlich gesteuerte Durchdringung des nationalen Rechts gewährleisten.

Die besondere Herausforderung besteht für den Gesetzgeber darin, wie er eine Berücksichtigung der besonderen rechtlichen Verhältnisse bei Sachverhalten mit internationalen Bezügen erreichen kann und welche Grenzen ihm dabei durch die spezifischen Anforderungen an das Strafrecht gesetzt werden. Für eine solche Einbeziehung bietet sich die Gesetzestchnik der Verweisung geradezu an.

Denn solche die Internationalisierung der Kriminalität betreffenden Themen werden von unterschiedlichen internationalen Gremien und Organisationen aufgegriffen. Dabei kommt der *Europäischen Union* eine besondere Bedeutung zu. Diese supranationale Organisation zeichnet sich im Gegensatz zu internationalen Organisationen dadurch aus, dass ihr durch die Mitgliedstaaten Hoheitsrechte übertragen wurden.³⁰ Die Verschränkungen der nationalen Rechtsordnungen mit Rechtsakten der *Europäischen Union* sind vielfältig. Diese kann Rechtsakte erlassen, die einerseits die Mitgliedstaaten binden (Richtlinien), aber andererseits auch direkte Rechte und Pflichten für die einzelnen Individuen mit sich bringen, ohne dass es einer Umsetzung in innerstaatliches Recht bedarf (Verordnungen).

Handbuch Korruptionsprävention, Kap. 8 Rn. 1 ff.; *Pedrazzi*, Multinationale Unternehmen und nationale Strafgewalt, S. 43 ff., 179 ff.; *Pieth*, ZStW 1997 (109), 756, 769.

²⁵ *Andreas/Nadelmann*, Policing the globe, S. 57 f.

²⁶ *Hecker*, Europäisches Strafrecht, § 2 Rn. 61; vgl. auch *Bantekas/Nash*, International criminal law, S. 49 ff.; *Cryer*, International criminal law, S. 3.

²⁷ *Schünemann*, GA 2003 (150), 299, 301.

²⁸ *Pieth*, ZStW 1997 (109), 756, 757.

²⁹ Vgl. *Schünemann*, GA 2003 (150), 299, 301 Fn. 8 zu den Versuchen des deutschen Gesetzgebers, die Forschung an menschlichen Embryonen im Bereich der Gentechnologie an strenge Voraussetzungen zu knüpfen, was ohne begleitende völkerrechtliche Konventionen letztlich fruchtlos bleibt.

³⁰ *Herdegen*, Völkerrecht, § 10 Rn. 17.

Dies betrifft auch das Strafrecht mit seinen Verweisungen auf unionsrechtliche Verordnungen. Solche Verschränkungen werden im Steuerrecht,³¹ im Außenwirtschaftsrecht,³² Bilanzrecht³³ sowie im Wein³⁴- und Lebensmittelrecht³⁵ augenscheinlich und lassen sich in einer beliebigen Vielzahl fortführen. Dabei stellt sich insbesondere bei dynamischen Verweisungen auf Rechtssätze der *Europäischen Union* die Frage, inwieweit diese wegen eines etwaigen Demokratiedefizits europäischer Vorschriften zulässig sind und ob sie dem Gebot der Normenklarheit entsprechen.

Außerdem kommen im Rahmen der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität den *Vereinten Nationen*³⁶ mit ihren verschiedenen Unterorganisationen ebenso wie der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD)³⁷ oder dem *Europarat* eine besondere Rolle zu. In der modernen Gesellschaft ist das Strafrecht also nicht nur für den nationalen Kontext einschlägig, sondern auch ein Mittel zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Verbrechens.

Daraus ergibt sich die Frage, wie sich das nationale Strafrecht in Bezug auf diese internationalen Regelungen verhält. Denn die nationalstaatlichen Bindungen wie das verfassungsrechtliche Gebot des *nullum crimen sine lege* gelten auf nationaler Ebene und sollten – da die hier betrachteten Strafnormen letztlich immer noch nationalstaatliches Recht sind – auch für diese Verweisungsnormen uneingeschränkt wirken.

2) Zehn Thesen

Den Ausgangspunkt bilden zehn grundlegende Thesen. Die nachfolgende Arbeit legt ein besonderes Augenmerk darauf, diese auf ihren Gehalt und die daraus resultierenden Auswirkungen zu untersuchen. Die im Prolog dargelegten Grundeinsichten der dynamischen Entwicklung des Rechts mit dem dadurch aufbrechenden immerwährenden Konflikt zwischen gesetztem und gelebtem Recht so-

³¹ Vgl. D) II) 3) (a) Abgabenstrafrecht (Milchmengengarantieabgabe (ab S. 256)).

³² Vgl. D) II) 3) (b) Außenwirtschaftsstrafrecht (ab S. 257).

³³ Vgl. den Verweis in § 331 Nr. 1a, 3 HGB auf § 315a HGB, der wiederum einen Weiterverweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 enthält, siehe näher S. 262f. unter (1) International Financial Reporting Standards (IFRS).

³⁴ Vgl. §§ 48 Abs. 1 Nr. 3, 4; 49 Nr. 6, 7; 50 Abs. 2 Nr. 12, 51 WeinG i. V. m. mit den in der EU-Weinrecht-Durchsetzungsverordnung genannten europäischen Verordnungen wie der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein.

³⁵ Vgl. nur § 58 LFGB i. V. m. der Lebensmittel-Basisverordnung (EG) Nr. 178/2002.

³⁶ Diese sind mit 192 Mitgliedstaaten die größte und bedeutendste internationale Organisation; vgl. <http://www.un.org/en/aboutun/>.

³⁷ Die OECD wurde 1960 von 18 europäischen Ländern sowie den Vereinigten Staaten und Kanada gegründet und hat derzeit 34 Mitgliedstaaten; vgl. <http://www.oecd.org/about/membersandpartners/>.

wie dem Erfordernis der Praxistauglichkeit jeder Theorie sind dabei die Grundlage der Herangehensweise.

Die erste These knüpft an die bei Rogall geäußerte Idee der Doppelfunktionalität einer Verweisung an.³⁸ Zunächst geht es um die Herstellung einer formellen Akzessorietätsbeziehung durch Anknüpfung an außerstrafrechtliche Regeln. Diese Anknüpfungsfunktion kann man sich wie einen Zeiger vorstellen, der von der Verweisungsnorm (die das Verweisungsmerkmal enthält) auf das Verweisungsobjekt (das in die Verweisungsnorm einzubeziehende Merkmal) weist. Dadurch wird also erkennbar, woran durch die Verweisung angeknüpft wird. Davon abzuschichten ist die Erzeugung einer materiellen Akzessorietätsbeziehung, die gerade die Folge der Herstellung einer formellen Akzessorietätsbeziehung ist. Diese materielle Akzessorietätsbeziehung steht für die Bindung an die inhaltlichen Vorgaben des Verweisungsobjekts, weshalb sie nachfolgend auch als Vorgabefunktion der Verweisung bezeichnet wird. Sie beschreibt, inwieweit an die außerstrafrechtlichen Vorgaben angeknüpft wird. Kurz: Eine Verweisung liegt nur vor, wenn ein Merkmal sowohl eine Anknüpfungsfunktion mit dem Zeigerhinweis, *worauf* verwiesen wird, als auch eine Vorgabefunktion, *inwieweit* inhaltlich verwiesen wird, enthält. Diese doppelfunktionale Betrachtung einer Verweisung kann auch für die Abgrenzung der Verweisungsmerkmale zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettmerkmalen fruchtbar gemacht werden.

Die zweite These geht davon aus, dass der Ausgangspunkt jeder dogmatischen Betrachtung in einem kodifizierten Rechtssystem wie dem deutschen der Gesetzestext – also die Sprache des Gesetzgebers – ist. Deshalb sind sprachtheoretische Erkenntnisse – jedoch nur soweit sie nicht mit den Erkenntniszielen der Rechtswissenschaft in Widerspruch stehen – in die Betrachtung mit einzubeziehen. Diese Erkenntnisse sollen sowohl für den zu erarbeitenden Normbegriff als auch für die Abgrenzung der Verweisungsmerkmale fruchtbar gemacht werden.

Die dritte These beinhaltet, dass die rechtstheoretischen Grundlagen entsprechend den im Prolog angesprochenen Grundeinsichten der dynamischen Entwicklung des Rechts und der Praxistauglichkeit jeder Theorie auszurichten sind. Sowohl der Rechtsnormbegriff als auch die Auslegungsmethodik und die Arbeitsteilung zwischen Rechtssetzer und Rechtsanwender haben sich daran zu orientieren. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass neben dem Gesetzgeber auch dem Richter als Rechtsanwender ein Beitrag bei der Weiterentwicklung der Norm zugestanden wird. Grundlage der Anerkennung eines solchen an den Richter gerichteten Präzisionsgebotes ist die Akzeptanz der Beteiligung der Gerichte an der Bestimmtheit einer Norm und nicht nur an der Anwendung.

Die vierte These besteht in der – ob ihrer Zwangsläufigkeit eigentlich schlicht anmutenden – Annahme, dass jedes Verweisungsmerkmal (unabhängig davon, wie es formuliert ist und welchen Zweck es verfolgt) wie ein Tatbestandsmerkmal zu behandeln ist. Damit wird es dem entsprechenden Auslegungscanon zur Ermitt-

³⁸ Rogall, GA 1995, 299, 304f.

lung des Zwecks unter Berücksichtigung der Folgenorientierung unterworfen. Diese Annahme ist so schlicht (schließlich ist die Verweisung im Tatbestand enthalten), dass die Erwähnung schon fast rechtfertigungsbedürftig erscheint. Problematisch ist dies nur bei den Blankettmerkmalen. Denn bei diesen nimmt die weitaus herrschende Meinung an, dass die in Bezug genommene Norm inkorporiert (sozusagen aufgesogen, einverleibt, eingegliedert, vereinigt) wird. Das Blankettmerkmal soll „sang- und klanglos“ verschwinden! Das erscheint nicht nachvollziehbar, schließlich steht es im Gesetzestext. Damit verfolgt der Gesetzgeber regelmäßig einen bestimmten Zweck: Entweder möchte er sich Textwiederholungen sparen durch die Aufforderung an den Rechtsanwender, den in Bezug genommenen Text (also die Rechtsregel) durch die Strafnorm zu umfassen (den Text des Verweisungsobjektes als Text der Verweisungsnorm zu behandeln) oder die außerstrafrechtliche Rechtsfolge (der Regelungseffekt) soll übernommen werden. Ebenso ist die Anknüpfung an außerstrafrechtliche aber auch überhaupt an außerrechtliche Verhaltensmaßstäbe möglich. Schließlich kann es sich auch um eine Anknüpfung an eine anderswo gegebene Bedeutung handeln.

Die fünfte These beruht auf der Überlegung, dass entsprechend der doppelunktionalen Betrachtung einer Verweisung (vgl. These 1) das Strafrecht bei einer Anknüpfung durch eine Verweisung immer formell akzessorisch ist. Die materielle Akzessorietät kann dagegen nur soweit reichen, wie keine das Strafrecht begrenzenden Prinzipien verletzt werden. Dies führt zu einer asymmetrischen materiellen Akzessorietät des Strafrechts.

Die sechste These steht für die Annahme, dass eine grundlegende Differenzierung der Verweisungsmerkmale zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettmerkmalen zur Darstellung der Akzessorietätsbeziehungen sinnvoll ist. Da entsprechend der ersten These dem Verweisungsmerkmal eine doppelte Funktion zukommt, ist eine weitere Ausdifferenzierung notwendig. Wegen der Verbindung des Rechts mit der Sprache (vgl. die zweite These) soll dabei auf aus der Sprachtheorie erwachsende Erkenntnisse aufgebaut werden. Der Ausgangspunkt einer Unterscheidung ist, dass mit den normativen Tatbestandsmerkmalen eine Anbindung an außerstrafrechtliche Rechtsfolgen oder Wertungen erfolgt. Das Kennzeichen eines Blankettmerkmals ist dagegen die Verknüpfung mit einem außerstrafrechtlichen Gesetzestext im Sinne einer Umschließung des Textes des Verweisungsobjektes.

Die siebte These beinhaltet, dass die Anforderungen des Parlamentsvorbehaltes entsprechend dem Demokratiegehalt der Normen des Verweisungsobjektes auszurichten sind. Je mehr demokratische Teilhabe bei der Normierung des Verweisungsobjektes gewährleistet ist, desto eher können die Anforderungen an die Verweisungsnorm herabgeschraubt werden. Mit anderen Worten: Die Verweisungsnorm und das Verweisungsobjekt müssen in ihrer Gesamtheit den Anforderungen des Parlamentsvorbehalts entsprechen. So sind die Anforderungen des Parlamentsvorbehalts bei Verweisungen auf Satzungen der parlamentsähnlich verfass-

ten Kommunen niedriger als bei Verweisungen auf Rechtsverordnungen der Verwaltung.

Nach der achten These sind bei dem Gebot der Normenklarheit (als Ausdruck einer zumutbaren Kenntnisnahmemöglichkeit der Rechtsnormen für den Adressaten) die durch die informationstechnische Entwicklung sich eröffnenden tatsächlichen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Diese finden ihren normativen Ausdruck in der seit dem 1. Juli 2013 angeordneten alleinigen Verbindlichkeit der elektronischen Version des Amtsblattes der *Europäischen Union*.

Die neunte These findet ihren Grund in der engen Verzahnung der deutschen Rechtsordnung mit derjenigen der *Europäischen Union*. Diese weist auf eine besondere Berücksichtigung sowohl bei der Auslegungsmethodik als auch bei den Anforderungen des Parlamentsvorbehalts hin. So erscheint bei Verweisungen auf europäische Vorschriften (in Übereinstimmung mit der siebten These) eine Modifikation des Parlamentsvorbehaltes erforderlich. Regelmäßig wird von einer Vergleichbarkeit mit den Anforderungen des Parlamentsvorbehaltes auf Verweisungen des nationalen Rechtsverordnungssetzers (und damit der Verwaltung) ausgegangen. Dies berücksichtigt nicht den gegenwärtigen Demokratiegehalt europäischer Vorschriften. Wenn schon ein Vergleich mit nationalen Verweisungsobjekten gezogen wird, liegt es näher, diesen zu den Satzungen der parlamentsähnlich verfassten Kommunen und nicht zu den Rechtsverordnungen der Verwaltung vorzunehmen.

Die zehnte und abschließende These geht davon aus, dass eine Anbindung des deutschen Strafrechts für internationale und ausländische Vorgaben zwar durchführbar ist, diese aber – in Übereinstimmung mit These sieben – nur in einem viel geringeren Maße möglich ist als dies für unionsrechtliche Vorgaben gilt.

II) Tatbestandliche Akzessorietät durch Verweisung

Da es um die Anknüpfung durch tatbestandliche Verweisungen geht, kommen wir zu einer Erläuterung der zentralen Begriffe des Tatbestandes, der Akzessorietät und der Verweisung. Dabei sollen nicht etwa abschließende Definitionen gegeben werden. Vielmehr dient die Bedeutungsfestsetzung allein dazu, die Umrisse des Themas dieser Untersuchung sichtbar zu machen.

Sachregister

- Ahndungslücke 418, 427f., 430, 433, 435f., 484
- Akzessorietätsbeziehung 8, 20, 22, 25, 28, 39, 191, 241, 243, 267, 273f., 466
- Analogie 31, 89, 148, 151f., 307, 353, 382, 399, 456f., 462, 475
- Analogieverbot 12, 148ff., 307, 364, 428, 434, 445, 456, 459, 462
- Anknüpfungsfunktion 8, 20, 22, 26, 28, 34, 39f., 247, 267, 289, 292, 466, 472
- Anknüpfungspunkt 13, 144, 176, 250, 252, 254, 278, 317, 340, 348, 433, 476
- Anwendungsvorrang 35, 137, 139, 140f., 153, 288, 379, 386, 481
- Außenverweisung 277, 320, 337, 340, 342, 368, 402, 421ff., 477
- Auslegung 19, 21, 24, 27, 35, 41, 47, 53, 68, 72, 75ff., 87, 96, 98, 100f., 132ff., 181, 184, 193, 211, 218f., 223ff., 234f., 288, 307, 337f., 350ff., 363ff., 380ff., 388ff., 422, 425f., 434, 443, 447f., 455ff., 470, 473f., 480ff.
- Auslegungsmethoden 133ff., 154, 228, 363, 463
- Befehl 33, 81, 88f., 92, 116, 175, 184, 199, 211, 215, 459
- Begriffsbestimmung 23, 60, 69, 85ff., 144f., 224, 299, 461, 464, 466
- Begriffsbildung 20, 41, 53f., 59ff., 76ff., 148, 151, 180, 220ff., 232ff., 239f., 269, 276, 299, 460f., 466f.
- Begriffshof 53, 72, 75ff., 86, 273, 467
- Begriffskern 53, 72, 75ff., 83, 86, 273
- Besitz 109, 170, 265, 272, 297
- Bestimmtheitsgrundsatz 41, 98, 105, 131, 153, 220, 282, 307, 312, 316, 326, 327, 344, 348, 353, 355, 360, 365, 367, 382, 391, 396, 425f., 439, 470, 475, 482, 487
- Bestimmungsfunktion 14f., 106, 113f., 130
- Bezugsnormen 13, 21, 44, 199, 239, 249, 253, 255, 262, 284, 306, 312ff., 325f., 329ff., 356, 365, 373 ff, 392, 394, 398, 400, 403, 405, 407, 429 f, 442f., 447, 453ff.
- Bilanzstrafrecht 234, 247ff., 263, 282, 323 f.
- Blankettmerkmal 8f., 26, 38, 40, 44, 87, 153ff., 157, 219, 224, 243, 276ff., 283ff., 307, 318, 362, 366 f, 427, 434, 459, 463, 467, 469ff.
- Blankettnormen 26f., 36, 38, 44, 250, 266, 278, 284, 404, 444
- Blankettstrafgesetz 20ff., 34ff., 44, 155f., 199, 233f., 245f., 249, 256, 266, 276ff., 312, 314f., 318, 327, 331ff., 337f., 340, 363, 367, 405ff., 410f., 431, 446f.
- Blankettstrafgesetzgebung 20, 27, 30, 43, 244ff., 277, 281, 283, 318, 320, 328, 359ff., 403, 413, 416, 420 f, 423, 425, 428, 430
- Blankettverweisung 283, 288, 290, 330f., 335, 338, 342, 381, 387f., 400, 450, 471, 473, 477, 482f.
- Charta
→ Grundrechte der Europäischen Union 35, 137f., 378, 381ff., 481
→ der Vereinten Nationen 262, 436ff.
- Corporate Governance 19, 74, 252ff., 259, 330
- Delegation von Gesetzgebungsbefugnissen 31f., 90, 161, 248, 321, 326, 330, 332, 344, 406, 431, 477
- Demokratie 91, 149, 199, 308f., 323, 369, 446
- Demokratieprinzip 13, 185, 216, 248, 306, 308, 311, 316ff., 322, 325, 331, 344, 369, 371, 379, 393, 395, 446, 448, 479

- Diebstahl 28, 73, 108f., 124, 161, 176, 271, 276
- Dogmatik (→ vgl. auch Strafrechtsdogmatik)
13, 15, 18, 21, 35, 43, 59, 66, 88, 92, 174, 187, 221, 236, 239, 268, 306, 308, 312, 314, 328, 332, 412
- Dynamik 1, 5, 96ff., 222, 243, 317, 353, 356, 392, 397, 420ff., 428, 462, 470
→ des Rechts 3, 48f., 84, 96, 105, 144, 153, 469, 487
- Eigentum 28, 33, 71, 81, 112, 118, 162, 166f., 181ff., 188, 232, 265, 271f., 276, 289, 298, 447
- Einheit der Rechtsordnung 41, 73, 135, 202f., 219f., 223f., 233f., 237, 295ff., 449, 456, 461, 463, 474f.
- Entsprechungsklauseln 331, 403, 409ff., 415, 431, 450, 453f., 486
- Erfolg 11, 15, 106ff., 130, 210, 251, 251
- Erforderlichkeitsprüfung 121f., 137, 302f., 325, 371
- Ermächtigung 25, 31f., 36, 40, 250, 312f., 316, 323, 326f., 331, 333f., 342f., 374, 405ff., 431f., 444, 478
- Europäisierung 13, 27, 139f., 234, 238, 287, 306, 314, 318, 338f., 355, 360ff., 375f., 380, 397f., 401ff., 412, 414
- Evidenz der Verweisung 30, 74, 244, 250, 252, 317, 343, 368, 479
- Exekutive 13, 32, 308ff., 312, 315, 325f., 329, 331f., 334ff., 342, 398, 402, 477
- Extension 55ff., 76ff., 84, 98, 299, 468
- Fehlverweisung 320, 416ff., 428, 432, 435, 484
- Flexibilisierung 27ff., 39, 282, 292
- Folgenberücksichtigung 146ff., 153, 157, 470
- Formel 18, 31, 32, 80, 115, 125, 161, 180, 189, 283, 455
- Fransson 45, 140, 375, 380ff., 426, 481, 482
- Freiheit 12f., 32, 82, 161ff., 170, 173, 179, 181, 184, 187f., 196, 199, 203ff., 211, 214, 229, 231, 295, 301, 306, 308, 313f., 322, 332, 347, 407, 465
- Freiheitsstrafe 45, 102f., 129, 245, 261, 295, 301f., 312ff., 334, 340, 391, 476
- Fremdrechtsanwendung 20, 21, 26, 443ff., 452f., 453, 486
- Funktion
→ Gesetzlichkeitsprinzip 13, 41, 306ff., 335, 343f., 403, 480
→ der Norm 97, 100, 468
→ des Rechtsgutsbegriffs 173f., 190, 193
→ der Sprache 79, 98
→ Verweisung 28, 30, 36, 154ff., 251, 434
→ Verklammerungsmerkmal 156f., 329
→ Blankett 38, 40, 282ff., 289, 335, 366f., 483, 485
→ verweisend normative Merkmale 317, 367
→ offen normative Merkmale 274, 336, 367
- Funktionale Begriffsbildung 68ff., 84
- Garantiefunktion 32, 155, 284, 431, 465
- Garantietatbestand 12ff., 348, 367f., 473
- Gebot 50, 89, 101, 105, 107, 113ff., 125f., 131, 139, 155, 162, 181, 307, 328, 336, 409
→ der Normenklarheit 7, 10, 41, 249f., 306, 316, 343ff., 400, 402, 406, 412, 416, 422, 432, 450, 454, 473, 479
- Geltungsbefehl 90f., 195, 215, 265ff.
- Geltungsbereich 154, 222, 226, 283, 383, 445, 451, 453, 458
- Geltungskraft 51, 100, 142, 154, 182, 346, 363, 423, 438
- Gemeinden 10, 253, 310, 312, 331ff., 399f., 342, 398, 477f., 484
- Gerechtigkeit 50f., 96, 145, 163f., 184, 211, 305
- Gericht 9, 77, 98, 105, 121f., 137, 142, 149, 197, 206, 208, 214, 227, 259, 290, 295, 306f., 325, 352f., 356, 369, 383f., 386, 391, 411, 416, 425, 437, 457, 470
- Gerichtshof 42, 45, 138ff., 153, 305, 345, 359, 380f., 383ff., 426, 430, 450, 481f.
- Gesamtrechtsordnung 73, 90, 135f., 195ff., 199, 201, 265, 296
- Gesetzesauslegung 100, 132ff., 142ff., 364
- Gesetzesbindung 96, 145ff., 152f., 174, 184, 211, 470
- Gesetzeslage 354ff., 361, 366, 401, 415, 421, 427, 434, 480
- Gesetzestechnik 6, 20, 22, 127, 243, 279, 360f., 466

- Gesetzestext 9, 25, 72, 76, 85, 95 f., 152, 283, 335 f., 357, 428, 449, 472
 Gesetzesvorbehalt 12 f., 93, 97, 149, 306, 308, 315, 326, 344, 352 f., 353, 439
 Gesetzgebung 30 f., 36, 38, 44, 47, 55, 59, 82 f., 97, 116, 124, 128, 132, 136, 143 f., 162, 164, 171, 177, 206, 222, 230, 261, 300, 309, 312, 323 ff., 342, 372, 402, 425, 459, 477
 – skompetenzen 248 f, 252, 318, 325, 331, 336 f., 341 f., 369, 393, 397, 406, 446, 476 ff.
 – skunst 30, 33, 36 ff., 81, 83
 – stechnik 22 f., 30 f., 102, 104, 241, 244, 246, 249, 266, 281, 283, 318, 335 f., 343, 356, 360, 394, 408, 463, 479
 Gesetzmäßigkeitsprinzip 2, 12, 21, 40 f., 97, 139 f., 148, 249, 295, 306 f., 315 ff., 321, 325, 327, 333, 337, 341, 347 ff., 359, 365, 367 f., 377 ff., 380 f., 386 ff., 396, 403, 414, 465, 473, 481, 487
 Gleichheit 50, 162, 164, 166, 168, 170 ff., 196, 220, 228
 Globalisierung 2 ff., 94, 243, 259 ff., 264, 436
 Governance 19, 74, 252 ff., 259, 259, 259, 330
 Grundrechte 35, 51, 55, 99, 104, 116, 128 ff., 137, 144, 166 f., 182, 185, 187, 205, 212, 219, 304, 312, 322, 333, 345, 378 f., 381 ff., 481, 482

 Handlung 11 ff., 44, 50, 61, 65 ff., 72, 79, 89, 99, 102, 103 ff., 130, 161 ff., 169, 179, 212, 237, 281, 310, 330, 345, 348, 372, 378, 396, 437, 445, 452, 462, 465, 468
 Harmonisierung 256, 264, 300, 369, 371 f., 383, 393, 482

 Imperativ 50, 61, 88, 115, 125 f., 130, 162, 214
 Imperativentheorie 184 f., 210 f.
 Inbezugnahme 22, 25, 30, 41, 129, 139, 233, 246, 248, 250, 252, 283, 318, 320, 337, 341, 343, 375, 422 f., 428, 476, 478
 Inhaltsbestimmung 47, 68, 76, 87, 94, 97 f., 100, 105, 132, 154, 157, 295, 297 ff., 353, 442, 468 ff., 470

 Inkorporationstheorie 154, 157, 282 f., 287 f., 292, 472
 Intension 55 ff., 78, 80, 84, 98, 299, 468
 Internet 123, 205, 254, 354 ff., 364, 366, 368, 415, 479
 Interpretation 33, 78, 119, 129, 155, 161, 189, 286, 321, 336, 353, 376
 Irrtum 21, 44, 57 f., 155, 268, 270, 284 f.

 Kodex 19, 74, 252 ff., 259, 330
 Kollision 138 ff., 153, 379, 381, 386, 389, 481
 Kommission 139, 319, 369, 371, 378, 383 f., 395, 398, 482
 Kommunen → Gemeinden
 Komplettimport 28, 39, 156, 251, 267, 272, 274 f., 287, 289, 292, 367, 434, 471
 Korruption 5, 188, 260 f., 441 ff., 485
 Kulturnormen 118, 123 f., 126

 Lebensmittelrecht 7, 134, 143 f., 148, 155, 199, 249 f., 285, 329, 331, 403, 405, 410, 426, 428
 Legaldefinitionen 33, 81, 83 f., 86, 101, 375
 Legislative 24, 32, 37, 216, 265, 309 f., 315, 331 f., 342, 437, 477
 Lissabon (Vertrag von) 7, 34 f., 137, 257, 301, 347, 369 ff., 377, 393, 395, 398, 402, 420 f., 426, 430, 483

 Melloni → Fransson
 Metaphysik 47, 50 f., 61, 118, 161 ff.
 Methodenlehre 48, 51, 60 ff., 76, 97, 100, 104, 116, 133 ff., 141, 143, 145, 223, 233, 363
 Moral 51 f., 87, 92, 118, 120, 124, 162, 164, 194, 272, 274

 Neukantianismus 47, 53, 59 ff., 64, 66, 84
 Normadressat 50, 52, 88 ff., 104, 116, 128, 134, 151, 206 f., 215 f., 244 f., 327, 335, 344, 351, 354, 358 ff., 368, 374, 389, 396, 398, 401, 406, 412 f., 425, 455, 469, 480, 487
 Normambivalenz 41, 218 f., 224, 283, 455 f., 463, 474 f.
 Normanerkennung 60, 64 ff., 72, 116, 346
 Normbegriff 8, 41, 47, 87, 92, 96, 99, 105, 144, 353

- Normenklarheit 7, 10, 41, 249f., 252, 306, 316, 343f., 349, 351, 357ff., 365, 368, 391, 396, 400, 402, 406, 412ff., 422f., 432, 450, 454, 463, 473, 477, 479f., 483, 485, 487
- Normentheorie 15, 87, 106, 111, 114, 116ff., 124ff., 132, 173, 184, 190, 197, 211, 220, 229, 231, 233, 238ff., 279, 287, 346, 405
- Normgeber 31f., 70, 248, 277, 281, 310, 317, 319, 322, 335ff., 405, 431, 476
- Norminhalt 69, 89, 97, 117, 134, 317, 353, 390f., 394, 456, 482
- Normkomplexität 244, 246, 359ff., 412, 416
- Normkonkretisierung 32, 35, 70, 76, 80, 146, 156f., 246f., 280, 317, 471
- Normkonzept 41, 47, 106, 121, 126, 128, 210, 220, 239, 287, 468
- Normsetzer 27, 341, 358, 393, 400, 426, 469, 476, 477, 484
- Normsetzung 48, 87ff., 207, 216, 246, 247, 311, 332, 363f.
- Normspaltung → Normambivalenz
- Normtext 24, 28f., 32, 38ff., 94ff., 101, 105, 127, 132, 151f., 155ff., 267, 282, 287ff., 318, 320, 329, 335ff., 343, 353, 363, 366ff., 380, 392, 411, 434, 444, 446ff., 454, 463, 467ff., 471ff., 477f., 482f.
- OECD 7, 254, 259ff., 442ff.
- Ordnungswidrigkeiten 12, 44f., 148, 301, 311ff., 322, 329, 333, 341, 375, 407, 418f., 456
- Organisationen 3f., 6f., 23, 42, 81, 90, 239, 250, 252ff., 271, 311, 336, 336, 364, 387, 436ff., 442f., 479, 485, 487
- Parlament 13, 131, 248, 308ff., 321, 328, 332, 342, 350, 369, 371, 374, 394ff., 442, 477
- sgesetz 316, 321, 324, 327, 331, 334, 343, 398, 478, 485
- svorbehalt 10, 13, 32, 157, 249f., 252, 290, 293, 306, 308, 313, 315ff., 323, 325f., 329, 331f., 335ff., 344, 367, 369, 393ff., 402ff., 407, 409ff., 415f., 422, 428, 432, 434, 442, 444, 447, 473, 475ff., 483f., 487
- Pflichtverletzung 19, 26, 29, 39, 74f., 112f., 130, 221f., 229, 251, 255, 290f., 298f., 340
- Pflichtwidrigkeit 29, 39, 106, 112f., 130, 330, 443
- Philosophie 2, 60, 67, 161, 163f., 166, 169, 204, 208, 390, 429
- Praxis 1, 48, 77, 79, 94, 127, 142, 146, 148, 171f., 176, 338, 374, 394, 414, 487
- Prinzipien 9, 47, 52, 60, 67, 135, 161, 163, 166, 186, 196ff., 209, 264, 305, 378, 459, 475
- Privatautonomie 196ff., 206f.
- Privatrecht 116, 159, 166ff., 176, 184, 186, 189, 195f., 198ff., 213ff., 222, 226, 229, 231f., 265, 340, 451f., 474 (vgl. auch → Zivilrecht)
- Radu → Fransson
- Rechtfertigung 48, 85f., 125, 189, 192f., 217, 219, 296, 467
- Rechtsakte (Europäische) 6, 27, 256, 258, 368, 387, 408f., 420f., 424
- Rechtsanwendung 8f., 13, 24f., 29f., 35, 39, 41, 71ff., 76, 79, 83, 85f., 95, 97f., 105, 117, 132ff., 142, 150, 153, 155 ff., 193f., 203, 222, 246f., 267, 271ff., 282, 286, 289ff., 307f., 323, 330, 335f., 350, 353, 361, 367, 412, 416, 422, 426, 434, 444ff., 454f., 463, 469ff., 476, 479, 484f.
- Rechtsbegriff 23f., 33, 51ff., 64, 67, 69ff., 100, 133, 135f., 143, 145, 148, 163, 165, 189, 193, 233f., 240, 243, 273ff., 280, 289ff., 296ff., 323, 336ff., 340, 343, 352f., 359, 407, 448, 461ff., 471ff., 479
- Rechtsetzung 1, 23, 50, 89ff., 194f., 265ff., 282
- Rechtsfolge 9, 21f., 28, 31, 34, 39, 59, 67, 73, 102ff., 113, 115, 120, 122, 124, 127f., 130f., 149, 156f., 160, 197, 213, 217ff., 238, 246f., 251, 267, 269, 274f., 281f., 287, 289f., 292, 317, 329f., 344, 347, 367f., 377, 434, 453, 455, 459, 468f., 471, 473
- Rechtsgebiet 20, 22, 28, 34, 39f., 65, 72f., 108, 119, 127, 134, 159, 192, 200, 209f., 214, 220, 223, 225, 228f., 232, 234f., 238, 280, 289, 292, 296, 298f., 302, 451, 458ff., 466, 471f., 475
- Rechtsgeltung 89f., 93, 126f., 194, 266, 377, 402, 469, 479
- Rechtsgut 16f., 20, 28, 57, 112f., 115, 122, 130, 160, 172ff., 188, 190ff., 212, 219,

- 221, 228 f., 233, 237, 240, 250, 250, 252, 275, 298, 300, 302, 328, 330, 337, 346, 350, 399 f., 403, 444 f., 451 ff., 463, 474, 484
- Rechtsinstitut 18, 28, 64, 73, 81, 184, 251, 265, 271, 273 f., 280 f., 292, 298 f., 471
- Rechtslehre 49, 68, 89, 93 ff., 105, 118 ff., 130 ff., 152, 167 f., 178, 182, 345
- Rechtsnorm 10, 22 ff., 30 f., 33, 38, 46, 49 ff., 64, 70, 77, 82, 87, 87 ff., 118 ff., 123 f., 126, 132 f., 135, 141, 143, 145, 153, 155, 184, 195, 197 f., 201, 203, 206, 208, 210, 214, 230 f., 236, 239, 244, 246, 250, 265 ff., 274, 285, 288, 290, 312, 314, 318, 353, 356 f., 364, 371, 376, 389, 392, 401, 458, 465, 468 ff., 479 f., 483
- Rechtsordnung 6, 10, 15, 18, 24 f., 33 f., 39 ff., 49 ff., 64, 68, 73 f., 81, 90 ff., 99 ff., 106, 108 f., 113 f., 118 ff., 124, 130 f., 133, 135 f., 142, 153, 159 ff., 164, 168, 170, 172 ff., 176, 178, 180, 182, 184, 186 ff., 190 f., 194 ff., 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220 ff., 230 ff., 254, 265, 267, 272, 274 f., 290 f., 295 ff., 302 f., 306, 318, 341, 351, 353, 396 ff., 401, 413, 415, 424, 442 f., 447 f., 452 f., 460 f., 463, 466, 468, 472, 474 ff., 486
- Rechtsphilosophie 48, 50, 59, 63 f., 71 f., 82 f., 100, 133 f., 143, 170, 195, 205 ff., 211
- Rechtspositivismus 48, 51, 89, 100, 204, 207
- Rechtsprechung 12, 19, 25, 41, 43, 87, 96 f., 109, 123, 133, 138, 140, 143, 147, 149 f., 153, 223 ff., 232, 283, 305 ff., 312 f., 324, 327 ff., 332 f., 345, 347, 351 ff., 355, 359, 363, 371, 376, 381 ff., 385, 387 ff., 393, 414, 422, 425 f., 428 f., 450 ff., 455 f., 458, 460 f., 470, 481 f., 487
- Rechtsquelle 172, 198, 266, 287 f., 296, 320, 444, 460, 485
- Rechtssatz 27, 33, 37, 64, 70 f., 85 ff., 94, 98 ff., 115 f., 120 ff., 126 ff., 155 ff., 203 f., 210, 230, 245, 247, 266, 276, 289, 295, 307, 363, 392, 447 f., 458, 466, 468 f., 469, 471, 483
- Rechtssetzung 31, 40, 90 f., 93, 95, 167, 189, 195, 198, 216, 265 f., 307, 323, 370, 431, 459
- Rechtssetzungskompetenz 333, 373, 375, 377, 383, 399, 439, 483
- Rechtssicherheit 50, 141, 145, 206 f., 221, 295, 297 f., 457
- Rechtssprache 53, 57 f., 65, 69, 76 f., 83 ff., 100, 132, 184, 211, 468 (vgl. auch → Sprache)
- Rechtssubjekt 178, 180, 190, 215 ff., 299
- Rechtssystem 52, 58, 68, 102, 132, 164, 194, 197, 229
- Rechtstheorie 4, 47 ff., 76, 79, 81, 89, 100, 104, 137, 194 f., 207, 211, 238, 259, 268, 271 f., 297, 308, 345
- Rechtsverletzung 14, 67, 112, 115 f., 165 ff., 175, 178, 183 ff., 187, 189, 210, 215 ff., 229, 233, 236, 240, 404
- Rechtsverordnung 10, 22, 32, 250, 256 f., 262, 297, 312 f., 315 f., 320, 323, 325 ff., 331 f., 342, 354, 398 f., 402 ff., 412, 436, 440 f., 477, 483
- Rechtswidrigkeit 12, 14, 16, 25 f., 38, 59, 66, 107 ff., 113, 126, 130, 210, 212, 237 f., 339, 402, 452, 473
- Relativität 53, 72, 77, 100, 136, 143, 145, 233, 297 f., 448, 460
- Resolution 258, 262, 437 ff., 444
- Richter 2, 8 f., 13, 72, 79, 86, 95 ff., 100, 105, 117, 125, 130, 146 f., 152 f., 155 f., 166, 169, 174, 189, 251, 280, 307 f., 336, 343, 352 f., 368, 411 f., 425, 441 f., 444, 463, 470 f., 478 f.
- Richtlinie 6, 21, 77, 137 ff., 244, 256, 358, 373 f., 376 f., 394 ff., 424, 428, 439, 449, 483, 486
- Rückverweisungsklausel 341, 403 ff., 415, 415, 477, 480
- Sanktionsnorm 106, 111, 113 ff., 122 ff., 139, 159, 181 ff., 188, 192 f., 210, 212, 219 f., 238, 279, 325, 331 f., 341, 346, 377, 392, 399, 403 ff., 415, 430, 456, 458 f., 463, 469, 474, 482
- Satzung 10, 224, 253, 255, 297, 310, 312, 316, 330 ff., 342, 398, 399, 400, 402, 477, 483
- Schenker → Fransson
- Schuld 12, 14 ff., 28, 59, 66 f., 114, 132, 162, 211, 218, 231 f., 268 ff., 273, 279, 285

- prinzip 347ff., 351, 359, 379, 387, 391, 425, 475, 483
- Sekundärnorm 218, 224, 240, 455, 459
- Selbstverwaltung 253, 310f., 333f., 342, 478
- Sicherheitsrat 258, 261f., 436ff.
- Sinnträger 28, 105, 156, 292, 392, 471f.
- Sprache 8f., 33, 37, 41, 47, 52ff., 56, 58, 61, 75ff., 81, 84, 87, 97f., 100f., 105, 134, 144, 148, 353, 360, 365, 389ff., 441, 448, 462, 466, 467, 469, 470 (vgl. auch → Rechts-sprache)
- Sprachfassung 390f., 482, 485
- Sprachgebrauch 31, 33, 69, 72, 79ff., 84ff., 133f., 149, 245, 297, 323, 457
- Standards 7, 78f., 140, 254f., 259, 262, 336, 338, 343, 379f., 382, 386, 426, 479, 481
- Statische Verweisung 247f., 252, 318, 320, 337, 393, 396, 398, 422f.
- Strafanweisungskompetenz 139, 370, 374, 376, 393f., 439
- Strafbewehrung 120, 129, 139, 312, 349, 358, 375f., 380, 382, 385f., 391f., 411, 424f., 454, 460, 462, 469, 472, 480ff., 487
- Strafgesetz 31, 65, 102, 115ff., 124ff., 165f., 189, 192, 220, 223, 231, 278, 316, 336, 348, 377, 445
- Strafnorm 7, 9, 13, 21, 36, 44, 96, 98, 106, 119, 122, 129, 151, 161, 199, 219, 230, 233, 239, 249f., 252ff., 278, 280, 284, 298f., 305f., 312ff., 325f., 329ff., 351, 353, 356, 359, 365, 373ff., 382, 386, 388, 391f., 394, 398, 400, 403ff., 413, 428 ff, 442 ff, 453f., 458, 468, 481, 485
- Strafrechtsdogmatik (→ vgl. auch Dogmatik) 15, 68f., 107, 117, 119, 124, 184, 211
- Strafrechtssetzungskompetenz 138, 370, 373f., 376, 380, 382, 386, 397, 483, 487
- Straftatbestand 11, 22, 26, 28f., 104, 153, 187, 241, 279, 292, 301, 328, 330, 333, 350, 352, 355, 366, 409, 419, 425
- Strafwürdigkeit 16ff., 168, 189, 235
- Systemtatbestand 11ff., 16f., 114, 348, 465
- Tatbestand 9, 11ff., 31, 33, 36, 39, 44, 57, 59, 74, 91f., 96, 98, 102, 104f., 114f., 117, 125f., 150, 152, 154f., 245ff., 266, 269, 270, 276ff., 284f., 292, 298, 307, 313, 328, 330, 332, 338, 347f., 350f., 360, 377, 402ff., 408f., 411, 413, 419, 452, 454, 457, 459, 465, 468, 472
- Tatbestandsirrtum 26f., 38, 43f., 250, 266, 278, 284f.
- Tatbestandsmerkmal 2, 9, 11, 14, 20ff., 28, 33ff., 40f., 43f., 47, 56f., 71, 74f., 81, 84, 87, 102, 114, 135, 153ff., 218, 214, 217, 223f., 227, 243, 246, 251, 255, 264, 266ff., 274ff., 283ff., 290ff., 298, 307, 317f., 329f., 336ff., 348, 362ff., 375f., 406, 411, 434, 444, 446f., 449, 452ff., 460f., 463, 470ff., 476, 480
- Umschließung 9, 267, 282, 288ff., 335ff., 366ff., 380, 434, 447ff., 471ff., 477f., 483
- Unionsrecht 2, 27, 35, 129, 137ff., 153, 157, 199, 201, 257, 263, 284, 286, 288, 304, 320, 360, 376ff., 395ff., 400f., 403f., 408f., 412f., 418, 422f., 430f., 433, 450, 479, 481ff.
- Unrecht 14ff., 47, 107, 113f., 118, 122f., 170f., 173f., 176ff., 183, 188, 211, 270, 279, 304, 341, 347f., 390, 407, 425
- Untreue 19, 26, 29, 39, 44, 46, 74, 150, 177, 225, 233, 251, 290, 299f., 360, 451
- Verbotsirrtum 26f., 30, 36, 38, 44, 154f., 245, 249f., 266, 268, 277f., 284f., 384
- Verbrechensbegriff 11, 16f., 161, 171f., 183, 188f., 295
- Verfassung 2, 13, 17, 43, 45, 48, 51f., 98, 116, 120ff., 128, 131, 136, 138, 152, 159, 163f., 166, 186ff., 219, 236, 238, 300ff., 306, 308, 311, 312, 321, 347, 371, 378, 465, 470, 483
- Verhaltensnorm 15, 88, 106f., 111, 114, 116ff., 159, 182f., 187f., 210ff., 224, 238, 240, 277, 279, 286f., 325, 331f., 337, 341f., 346, 348, 375ff., 387, 392, 397, 399, 403, 415, 423, 455, 459, 463, 468f., 477, 482f.
- Verklammerungsmerkmal 155ff., 251, 267, 361ff., 367f., 402, 416, 422, 424, 426, 431f., 434, 473
- Verknüpfung 9, 15, 24, 33, 41, 55, 82, 95, 126, 131, 135, 250, 362, 363
- Verordnung 6f., 23, 27, 30, 32, 34, 94, 129, 218, 246ff., 256ff., 262f., 279f., 282, 286, 313f., 318ff., 328, 336, 356, 358ff., 373ff.,

- 388 ff., 389 f., 392, 397 f., 401, 404, 410 f.,
416, 418 ff., 441, 444, 449, 482 f.
- sgeber 34, 40, 247, 250, 265, 313 f., 319,
327 f., 331, 333, 336, 341, 398, 400, 403 ff.,
408 ff., 415, 431 f., 436, 444, 477, 484 f.
- Versuch 37, 44, 109, 141, 144, 163, 165, 221,
284, 302, 345, 427 f., 435
- Verwaltung 2, 10, 186, 253, 310, 330, 344,
355 ff., 401, 412, 414, 480, 483, 487
- Verwaltungsrecht 20, 35, 186, 195 f., 199 ff.,
205, 218, 234, 375, 452 ff.
- Verwaltungsvorschriften 250, 253, 320,
335 ff., 343, 364, 475, 478
- Verweisungsfehler 41, 320, 365, 380, 382,
392, 397, 410, 416 f., 419, 421 ff., 425, 427,
429, 431, 433, 435, 484
- Verweisungsketten 30, 38, 358, 361, 363,
366, 368, 402, 412 ff., 480
- Verweisungsmerkmal 8 f., 27 ff., 33, 41, 47,
106, 139, 153 f., 156 f., 241, 243, 249, 251,
284, 287 f., 292, 307, 329, 367 f., 446, 460,
463, 470 f., 473 f., 480, 484 f.
- Verweisungsnorm 7 ff., 22 ff., 27 f., 30 ff.,
75, 129, 139, 154 ff., 218, 224, 247 ff.,
280 ff., 286 ff., 292, 317 ff., 322 f., 327,
335 ff., 340 f., 343 f., 364 ff., 382, 384 ff.,
392 f., 399 f., 402 f., 406, 410, 415 ff.,
420 ff., 430 ff., 449 f., 455 f., 459 f., 467,
475 f., 478 ff., 482 ff.
- Verweisungsobjekt 8, 10, 23 f., 27 ff., 75,
139, 154 f., 243 ff., 277 f., 281 ff., 286 ff.,
317 ff., 335, 341, 343 f., 362, 364 ff., 371,
373, 379 ff., 397 ff., 402 f., 409 ff., 420 ff.,
430 ff., 434, 459 f., 467, 472 f., 475 f., 479 f.,
482 ff.
- Verweisungstechnik 2, 26 f., 31 f., 40, 230,
267, 269, 271, 273, 275, 277, 279, 281, 283,
285, 287, 289, 291, 293, 321
- Verweisungsumleitung 416, 419 f., 427, 432,
484
- Voraussehbarkeit 147, 153, 316, 323, 343,
350 f., 454, 470, 478
- Vorgabefunktion 8, 20, 22, 25, 28, 39 f.,
243, 247, 267, 275 f., 282, 289 f., 292, 318,
466, 471 f.
- Vorhersehbarkeit 43, 46, 161, 316, 327, 351,
365, 368, 425, 429, 444, 449
- Vorrang 134, 140, 179, 297, 380, 382, 384 f.,
389, 459
- WADA 259, 262 ff., 337, 354, 412, 436
- Weinrecht 7, 419, 425, 428, 432, 435, 484
- Wertungen 9, 66, 74, 95, 127, 135, 146 f.,
174, 182, 271 f., 285, 289, 292, 302, 317 f.,
336, 367 f., 411, 454, 458, 460, 472
- Wesentlichkeitstheorie 311, 315, 322 f., 332,
334, 340, 476
- Wirklichkeit 1, 24, 35, 48, 56, 60 ff., 71, 75,
84 f., 94 ff., 162, 189, 194, 203, 461, 466 f.
- Wirksamkeit 48, 51 f., 70, 129, 163, 165,
168, 206, 225, 285, 324, 371, 384 ff., 389,
391 f., 411, 418 ff., 424 f., 428, 444, 454,
458, 460, 462, 465, 469, 472
- Wirtschaftsstrafrecht 2, 20, 26, 43 ff.,
200 f., 241, 262, 276, 280, 301, 346, 357,
441, 455, 462
- Wortlaut 31, 58, 101, 105, 134, 137, 139,
140, 143 ff., 149 ff., 283, 291 f., 295 ff.,
320 f., 337, 353, 363 ff., 371, 373, 378,
389 f., 410 f., 426, 429, 444, 470, 480 ff.,
485
- grenze 75, 139 ff., 149, 151 ff., 157, 290 ff.,
307, 353, 379, 382, 388, 390 f., 416, 422,
426 ff., 446, 462 f., 467, 470, 472 f., 482,
484 f.
- Wortsinn 37, 76, 101, 134, 148 f., 151, 307,
462
- Zeichen 54 f., 57, 59, 66, 81, 98, 100 f., 144,
468
- Zivilrecht 19, 29, 73, 92, 102, 104, 107, 113,
116, 191, 196, 207, 214 f., 220 ff., 228, 237,
272, 298 f., 451 ff., 457 f., 460 ff., 474 f., 486
(vgl. auch → Privatrecht)
- Zusammenlesen 154 f., 284 ff., 292, 452,
471